

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 M. monatlich 1,10 M. wöchentlich 35 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 3 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Quartal. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Quartal. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: 1916.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinnützige Vereins- und Berührungskreisläufe 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (einfache 2-fache gebuchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schließelgebühren das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 7. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Nachlassen der russischen Offensivversuche in der Butowina.

Der Dienstzwang in England.

Von Richard Gädke.

Berlin, 4. Januar 1916.

Der kritische Tag naht heran, der darüber entscheiden soll, ob in England der Dienstzwang unter irgendeiner Form eingeführt werden soll oder nicht. Es wird daher an der Zeit sein, daß auch wir uns seine Bedeutung und seine voraussichtlichen Wirkungen klar zu machen beginnen. Wenn wir die Absichten zu ergreifen suchen, die seine Befürworter mit der Durchführung des Dienstzwanges zu erreichen hoffen, so scheidet natürlich die Annahme, daß es sich darum handele, den Bundesgenossen und den Gegnern Englands Sand in die Augen zu streuen, vollkommen aus. Das würde bedeuten, daß die Engländer selbst nicht der Ansicht sind, durch den militärischen Dienstzwang die erhöhte kriegerische Leistungsfähigkeit zu erreichen, die sie der Welt vorzuspiegeln wünschen. Nun aber ist kein Zweifel, daß die Frage: Dienstpflicht oder nicht? den Engländern an die Kieren geht wie keine seit dem Jahre 1832. Nicht einmal das Gesetz über Homerule, das das Land hart an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht, hat die Masse des Volkes so tief erregt wie diese Neuerung. Denn sie steht mit allen vererbten Vorstellungen des Engländers über die Eingriffe in Widerspruch, die der Staatsgewalt in die persönliche Freiheit des einzelnen erlaubt werden dürfen. Die ganze Masse des englischen Volkes, von den obersten bis zu den untersten Schichten, steht instinktmäßig der Einführung des Zwangsdienstes zunächst feindselig gegenüber. Das gilt von den Konservativen und Unionisten ebenso wie von den Liberalen und Radikalen, von den Agrariern ebenso wie von den Gewerkschaften und den ungelerten Arbeitern. Wenn sich trotzdem allmählich ein Wandel in den Anschauungen vollzogen hat, wenn die Mehrzahl der Liberalen wie konservativen Minister, wenn ein Teil der Arbeiterführer für die Aenderung des Systems gewonnen ist, dann geschieht das unter dem Gebot von Zwangsvorstellungen, dann geschieht es, weil man darin die einzige Möglichkeit zu erblicken glaubt, den schweren Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen — den Krieg, den man sich in britischem Hochmut so sehr viel leichter dachte, als er sich dann erwiesener hat. Lloyd George mag noch so bedenkenfrei in dem Wandel seiner Grundzüge sein — aber er würde sicherlich nicht seine ganze große Popularität bei den Massen, seine politische Zukunft aufs Spiel setzen, wenn er nicht meinte, daß Gefahr im Verzuge sei. So etwas tut kein ernstlicher Mensch nur um zu blühen. Wir müssen uns in die Seele der Engländer versetzen und dürfen uns höchstens die Frage vorlegen, ob von ihrer Seite aus gesehen der Zwangsdienst militärische Ausrichtungen zu bieten scheint, die auf keinem anderen Wege mehr zu erreichen sind. Ein Ertrinkender mag in seiner Not nach einem Strohhalme greifen — das hindert nicht, daß er ihm als Rettungsplanke erscheint.

Wir müssen davon ausgehen, daß der Werbefeldzug Lord Derby's, der mit den lustspieligen und schreienden Mitteln der Reklame, der unter Aufpeitschung aller patriotischen Nerven des Engländers geführt worden war, mißglückt ist — mißglückt, weil die Nummer allzu fein gesponnen war. Mr. Asquith hatte das Versprechen gegeben, daß die Verheirateten erst eingezogen werden sollten, nachdem alle tauglichen Unverheirateten ihre vaterländischen Pflichten erfüllt hätten. Das Volk honorierte diesen Wechsel: die Verheirateten meldeten sich in Massen, die Unverheirateten blieben taub gegenüber den Sirenenklängen; die Massen übertrumpften den smarten Advokaten, der Fuchs hatte sich in seiner eigenen Schlinge gefangen.

Er mußte sein öffentlich und feierlich gegebenes Versprechen brechen und damit seine politische Laufbahn beenden — oder einen von ihm schon vorbereiteten Wandel seiner bisherigen Anschauungen vornehmen.

Wenn also die Wehrpflicht eingeführt wird, so geschieht es, um im Wege des gesetzlichen Zwanges an die widerwilligen Unverheirateten heranzukommen; wenn überhaupt, wird sie also höchster Wahrscheinlichkeit nach nur mit bestimmten Einschränkungen Geseh werden. Leicht möglich, daß sie zunächst nur für die Kriegsdauer beschlossen wird.

Dürfen die Engländer erwarten, daß sie ihnen in dieser Form greifbare Vorteile bringen wird?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir davon ausgehen, daß es sich in erster Linie nicht darum zu handeln scheint, den schon bestehenden Rahmen des Heeres noch wesentlich zu erweitern, das heißt zahlreiche neue Divisionen, Armee-Korps, Heere aufzustellen. Es steht vielmehr so aus, als ob dieser Rahmen schon jetzt zu weit gespannt sei, um durch die bisherigen Erfolge der freiwilligen Werbung auch nur annähernd vollständig erhalten zu werden. Es sind von englischen Zeitungen selbst Nachrichten gekommen, daß die Bataillone, Batterien, Eskadrons weit entfernt davon seien, die Sollstärke zu besitzen, sie scheinen zu einem nennenswerten Teile bis auf ein Drittel ihres vorgeschriebenen Standes gesunken zu sein. Es handelt sich dann mehr um den bestehenden Ersatz, als um die Errichtung neuer Truppenteile. Damit scheidet natürlich auch der Einwand fort, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht wohl Massen von Rekruten, aber nicht die zu

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 6. Januar 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front fanden stellenweise teilweise lebhaftere Artilleriekämpfe statt; die Stadt Lens wird vom Feinde fortgesetzt beschossen. Nordöstlich von Le Mesnil wurde der Versuch eines feindlichen Handgranatenangriffs leicht vereitelt. Ein gegnerischer Luftgeschwaderangriff auf Donai blieb erfolglos. Durch deutsche Kampfflieger wurden zwei englische Flugzeuge abgeschossen, das eine durch Leutnant Bölske, der damit das siebente feindliche Flugzeug außer Gefecht gesetzt hat.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Eine im Walde südlich von Jakobstadt vorgehende Erkundungsabteilung mußte sich vor überlegenem feindlichen Angriff wieder zurückziehen. Bei Czartorzyk wurde eine vorgeschobene russische Position angegriffen und geworfen.

Balkanriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 6. Januar. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 6. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kampftätigkeit in Ostgalizien und an der bessarabischen Grenze hat gestern wesentlich nachgelassen. Der Feind hielt unsere Stellungen zeitweise unter Geschützfeuer. Seine Infanterie trat nirgends in Aktion. Auch an allen anderen Teilen der Nordostfront fielen keine Ereignisse von besonderer Bedeutung vor.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der alpenländischen Front nahm das feindliche Geschützfeuer stellenweise neuerdings zu. Nordlich Dolje wiesen unsere Truppen wieder mehrere Angriffe blutig ab und behaupteten so die eroberte Stellung. Im Tiroler Grenzgebiete fanden in den Abzweigungen von Buchenstein und Riva lebhaftere Artilleriekämpfe statt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Berane und westlich von Rožaj sind die Truppen der Armee des Generals v. Radevich in günstig fortschreitendem Angriff gegen die Montenegriner. Im Gebiete der Bocche di Cattaro trat in den letzten Tagen zeitweise auf beiden Seiten die Artillerie in Tätigkeit. Sonst blieb die Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Oeser, Feldmarschallleutnant.

ihrer Einrahmung erforderlichen Offiziere und Unteroffiziere gewinnen könne. Ein Einwand übrigens, dessen Bedeutung zu überschätzen man sich hüten muß. Wo waren denn die Berufsstämme für die australischen, neuseeländischen, kanadischen Aufgebote? Und doch bis zu einem gewissen Grade und innerhalb bestimmter Einschränkungen ersetzt die Masse und die Waffe den Wert der Truppe. Die Australier z. B., die sich in Ägypten so übel aufgeführt, haben auf Gallipoli zwar die starken türkischen Stellungen nicht zu erklimmen vermocht, aber in der Verteidigung haben sie unter günstigen taktischen und klimatischen Verhältnissen ihre Schuldigkeit getan und sich monatelang zwischen Feld und Wasser schwebend gehalten.

Es mag zweifelhaft sein, ob die allgemeine Wehrpflicht der englischen Heeresverwaltung die vierte Million Soldaten schenken wird, die das Parlament bewilligt hat, mag sogar zweifelhaft sein, ob gegenwärtig wirklich auch nur drei Millionen unter Waffen stehen. Das kann keiner von uns übersehen, und darum entspricht es vorsichtiger Beurteilung, die Möglichkeit lieber zuzugeben als zu leugnen. Kein Zweifel aber ist, daß der Dienstzwang die zur Verfügung stehenden Massen nennenswert erhöhen wird — zum mindesten doch durch die Zahl der Unverheirateten, die sich bisher gedrückt haben. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum ein Volk von 46 Millionen Seelen, zu denen die Kolonien mit angelsächsischer Bevölkerung treten, nicht schließlich alles in allem 35 bis 40 Millionen Mann aufbringen sollte (es werden ja auch dann noch nicht zwei Millionen an der Front gleichzeitig stehen). Der Einwand, daß England entweder sein Heer oder seine Waffenindustrie einschränken müsse, kann nicht im vollen Umfange als zutreffend anerkannt werden. Wenn die Gewerkschaften sich mit der Einführung des Dienstzwanges abfinden, werden sie auch der stärkeren Heranziehung des weiblichen Geschlechts in die Fabriken keinen unüberwindlichen Widerstand entgegenzusetzen. Was anderswo geht, warum in aller Welt sollte es allein in England nicht gehen?

Dann bleibt nur noch die Frage, ob die Einführung des Dienstzwanges gegenwärtig nicht bereits zu spät kommt, um für die Entscheidung des Weltkrieges noch von Bedeutung zu sein. Aber hier muß man doch sagen, daß wir immerhin die bängliche Frage Lloyd Georges „zu spät“? kräftig bejahen mögen. Den Engländern kann es niemand verdenken, daß sie in der Vernehmung ihres Heeres eine halbe Million Soldaten ein erhebliches Gewicht in der Waagschale der Entscheidung erblicken. Ob ja, ob nein, das hängt doch auch davon mit ab, wie lange der Krieg noch dauern wird. Fällt also in England die Entscheidung für die Einführung des Dienstzwanges, so haben wir darin in jedem Falle den festen Entschluß der regierenden Kreise zu erblicken, den Krieg um jeden Preis noch fortzusetzen; so lange jedenfalls, bis die neuangehobenen Rekruten in die Kämpfe mit eingreifen können. Mit diesem Entschluß unseres schlimmsten und lauffähigsten Gegners müssen wir doch wohl rechnen, selbst wenn wir ihn für töricht halten. Der Erfolg allein wird schließlich entscheiden, auch hier heißt es: „Ob Glück, ob Unglück folge, lehrt das Ende.“

Die Einbringung der Wehrpflichtbill.

Ueber die Unterhausdebatte vom Mittwoch, in der das englische Kabinett die Wehrpflichtvorlage einbrachte, wird noch im einzelnen gemeldet:

Der Liberale H. H. House, der ein überzeugter Anhänger des Freiwilligensystems ist, erklärte, er werde die Vorlage annehmen, da die Regierung sie für notwendig halte; er wünsche aber die Verschärfung zu haben, daß das Gesetz nur für die Dauer des Krieges gelte. Der frühere Kriegssekretär Seely setzte sich mit Nachdruck für die Dienstpflicht ein. Der Führer der Free Radicals erinnerte daran, daß seine Partei die Regierung bisher in allem unterstützt habe, daß sie zu jedem Opfer bereit sei, das notwendig wäre, um den Krieg zu gewinnen. Die Free Radicals sich in diesem Kriege eins mit dem Reich, was bei früheren Kriegen nicht der Fall war. Wenn Asquith bewiesen hätte, daß der Dienstzwang das einzige Mittel sei, um den Krieg zu gewinnen, so würde sicherlich niemand dagegen sein. Asquith habe jedoch die Vorlage nicht mit Gründen militärischer Notwendigkeit verteidigt, sondern damit, daß er es für notwendig halte, sein Versprechen einzulösen. Nebenher glaube, daß mehr Männer zur Verfügung ständen, als die Regierung ausbilden könnte. Seine Partei könne daher nicht für die Vorlage stimmen. Bonar Law sagte, das Kabinett halte die Vorlage für notwendig, um den Krieg siegreich zu beenden. Die Verantwortung der Gegner der Dienstpflicht sei ebenso groß wie die der Regierung.

Ueber den weiteren Verlauf der Debatte wird Berliner Blättern noch gemeldet:

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Lodge behielt sich seine Stellungnahme vor, bis die Arbeiterkonferenz heute Beschluß gefaßt habe. Der Arbeiterführer Thomas widerlegte sich energisch jedem Zwang. Der frühere liberale Kriegsminister General Seely, der aus Flandern herübergekommen war, unterstützte die Vorlage grünllich.

Auslösung der verhafteten Konsula?

Sofia, 6. Januar. „Utro“ meldet: Einer hiesigen neutralen Gesandtschaft ist die Mitteilung zugegangen, daß sich die englische Regierung bereit erklärt habe, die gefangenen Konsula freizulassen, falls einige Vertreter von England und Frankreich, welche in den Hauptstädten der Verbündeten festgehalten sind, freigelassen werden. Die englisch-französischen Verhandlungen hierüber sind beinahe beendet. Ein gemeinschaftlicher Beschluß von England und Frankreich wird der griechischen Regierung bald mitgeteilt werden.

Englisches Dementi.

London, 6. Januar. (W. L. B.) Dem Reuterschen Bureau zufolge dementiert der Athener Korrespondent der „Daily Mail“ den von österreichisch-ungarischer Seite verbreiteten Bericht, wonach bei Oberst Rapier, der an Bord des griechischen Dampfers „Spekel“ verhaftet wurde, ein Brief des Sekretärs des britischen Gesandten in Athen an den britischen Staatssekretär des Äußeren gefunden worden sei, in dem die Errichtung einer griechischen Republik mit Benizelos an der Spitze vorgeschlagen wird. Alle Sekretäre der britischen Gesandtschaft hätten dem Korrespondenten übereinstimmend erklärt, daß sie keinen solchen Brief geschrieben haben. Der britische Gesandte in Athen, Elliot, habe ferner dem Korrespondenten mitgeteilt, daß er die ihm zugesandten Worte: „Ich habe wenig Sympathie mit den Serben, meine Gefühle sind mehr auf bulgarischer Seite“, nie geschrieben habe.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 6. Januar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In der Nacht unternahm die Deutsche nach starkem Artilleriefeuer einen ziemlich heftigen Angriff auf unsere Schützengräben zwischen der Höhe 108 und Zahure; sie wurden zurückgeworfen. An der übrigen Front kein Ereignis von Bedeutung.

Paris, 6. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Zwischen Soissons und Reims nahm unsere Artillerie die feindlichen Batterien unter Feuer und verursachte erheblichen Schaden an den feindlichen Werken in der Gegend nordöstlich von Vailly. In der Champagne richteten wir auf mehrere empfindliche Punkte der feindlichen Front eine Zerstörungsgewehr, das deutsche Graben zuschnittete und in einem Munitionslager eine Explosion hervorrief.

Belgischer Bericht. Während die belgische Artillerie die deutschen Batterien östlich von Dignamben unter Feuer nahm, beschoss der Feind das Dorf Neuve Capelle. Im Abschnitt Steenstraete wurde der Bombenkampf mit Heftigkeit wieder aufgenommen.

Die englische Meldung.

London, 6. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Heeresbericht. Normale Artillerietätigkeit. Ein feindlicher Angriff auf unsere Vorposten bei Maricourt wurde durch unser Gewehrfeuer abgeköpft. Mehrere unserer Flugzeuge belegten mit gutem Erfolge Douai mit Bomben. Ein deutsches Flugzeug flog über Boulogne und warf einige Bomben ab, ohne Schaden anzurichten.

Ein Armeebefehl Joffres.

Paris, 5. Januar. (W. L. V.) Das „Militärblatt“ veröffentlicht folgenden Armeebefehl des Generals Joffre:

„Soldaten der Republik! In dem Augenblick, wo dieses Kriegsjahr zu Ende geht, könnt ihr alle Euer Bestes mit Stolz betrachten und Euch der Größe der von Euch ausgeführten Kraftanstrengungen erinnern. Im Artois, in der Champagne, im Woivre und in den Vogesen habt ihr dem Feinde gewaltige Niederlagen und blutige Verluste, die unvergleichlich stärker sind als die unsrigen, beigetragen. Das deutsche Heer hält sich noch immer, steht aber, wie täglich seine Kruppenbestände und seine Hilfsmittel sich vermindern. Gezwungen, das schwankende Oesterreich zu unterstützen, muß es auf nebenstehenden Kriegsschauplätzen leichte und vorübergehende Erfolge suchen, die es auf den Hauptfronten zu erringen vermag. Sämtliche deutschen Kolonien sind entweder von der Welt abgeschnitten oder in unsere Hände geraten. Dagegen verstärken sich die Alliierten fortwährend. Unbestrittene Herrscher der See, können sie sich leicht verproviantieren, während die Mittelmächte, finanziell und wirtschaftlich erschöpft, darauf angewiesen sind, nur noch auf unsere Zwietschneide oder unsere Müdigkeit zu rechnen. Als ob die Alliierten, die geschworen haben, bis zum Neuesten zu kämpfen, geneigt wären, ihren Schwur zu brechen, im Augenblicke, wo für Deutschland die Stunde der Ehre schlägt; als ob die Soldaten, die die schwersten Kämpfe durchgemacht, nicht infolge waren, durchzuhalten, trotz Kälte und Mangel. Seien wir stolz auf unsere Kraft und unser Recht, denken wir an die Vergangenheit nur, um in ihr Zuversichtspründe zu schöpfen! Denken wir an unsere Taten nur, um zu schweigen, sie zu rächen! Während unsere Feinde von Frieden sprechen, denken wir nur an Krieg und Sieg! Am Anfang eines Jahres, welches Dank Euch ruhmreich für Frankreich sein wird, übermitteln Euch Euer Befehlshaber von tiefstem Herzen seine herzlichsten Wünsche.“

Armeebefehle pflegen keine wohlabgewogenen diplomatischen Erklärungen zu sein. Sie wenden sich nicht an den Verstand und die politische Besonnenheit, sondern wirken anfeuernd auf die Stimmung der Armee. Wenn in ihnen besonders kraftvolle und zuversichtliche Töne angeschlagen werden, so kann das auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einmal, um den Eifer siegreicher Kruppen vollends zu beflügeln und zu höchster Leistungsfähigkeit aufzustacheln; oder auch, um die gebrückte Stimmung erschöpfter und kriegsmüder Mannschaften zu beleben. Armeebefehle von der Art des Joffre'schen sind also von vornherein nicht als sicheres Barometer der wirklichen Stimmung und der innersten Ueberzeugung ihrer Verfasser anzusehen, sondern als Mittel zum Zweck, wobei das Mittel je nachdem auch ein übel gewähltes sein kann.

Man braucht die Verfassung und Widerstandskraft der französischen Kruppen keineswegs zu unterschätzen, um doch zu finden, daß Joffre den Mund reichlich voll genommen hat. Wenn Joffre schon die relativ sehr bescheidenen Teilerfolge der französischen Kruppen für „gewaltige Niederlagen“ der völlig unerschütterten und jederzeit zu starker Gegenoffensive übergehenden deutschen Kruppen erklärt, mit welchen Worten mühte da erst von den ungeheuer verlustreichen Niederlagen gesprochen werden, die Rußen, Serben und die Ententetruppen auf Gallipoli und in Mazedonien erlitten haben! Es wäre deshalb schon klüger gewesen, sich nicht in Ueberschwänglichkeiten zu ergeben, deren Nützlichkeit den französischen Kruppen selbst peinlich zum Bewußtsein kommen muß!

Nicht minder höhl und unbegründet ist die Darstellung, die Joffre von dem angeblichen Zusammenschmelzen der Kruppen der Zentralmächte und dem Versiegen ihrer finanziellen und sonstigen Hilfsmittel zu geben mag. Wir haben es schon früher ausgesprochen: wenn der Krieg von der Entente solange geführt werden soll, bis die Armeen der Zentralmächte zusammengebrochen sind, so kann Joffre getroßt mit einer Kriegsbauer von einigen Jahrzehnten rechnen und Frankreich in einen Amazonasstaat verwandeln, denn von Frankreichs männlicher Bevölkerung wird außer den Krüppeln dann nicht mehr viel übrig gelieben sein. Und der Generallistinus eines Staats, um dessen finanzielles Durchhalten es doch wahrhaftig wesentlich schlechter bestellt ist, als um das der Zentralmächte, sollte zu allererst von der unausbleiblichen finanziellen und wirtschaftlichen Erschöpfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu reden den Mut haben. Vernünftige Politiker und Wirtschaftskenner in Frankreich haben das denn auch längst erkannt und öffentlich ausgesprochen.

Es mag sein, daß Frankreichs Oberfeldherr zurzeit nur „an Krieg und Sieg“ denkt. Aber die harten Tatsachen werden auch Frankreich bald genug zwingen, an den Frieden zu denken!

Die englischen Verluste.

Rotterdam, 6. Januar. (W. L. V.) Der „Maasbode“ erzählt aus London: Tennant teilte in Beantwortung einer Anfrage im Unterhause mit, daß die Gesamtverluste an der Westfront zwischen dem 25. September und 8. Oktober waren: Offiziere 773 tot, 1288 verwundet, 817 vermisst; Mannschaften: 10 345 tot, 98 095 verwundet, 8648 vermisst.

Die kanadischen Rüstungen.

Toronto, 5. Januar. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Minister teilte mit, daß beabsichtigt ist, noch 21 Divisionen aufzustellen. Er hoffe, vor Ende des Sommers das nötige Rüstungsmaterial aufzubringen. Es beständen sich 200 000 Mann in Uniform, außerdem verfüge die Regierung über 100 000 Munitionsarbeiter.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 5. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht. Westfront: Südlich des Pripec in der Gegend von Rudeka-Wola

(84 Kilometer nordöstlich Maslowka) warfen wir die Deutschen zurück. In der Gegend der mittleren Strypa besetzten wir das gewonnenen Gelände. Die gegnerischen Versuche, die verloren gegangenen Besetzungen zurückzuerobieren, wurden mit großen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Nordöstlich von Czernowitz dauerte der erbitterte Kampf an. Unsere Abteilungen besetzten von neuem einen Teil der feindlichen Stellungen. Den Gegenangriff des Feindes warfen wir durch Feuer, welches ihm große Verluste zufügte, zurück. In dieser Gegend nahm eine unserer Abteilungen 18 Offiziere und 1048 Mann gefangen und erbeutete 4 Maschinengewehre.

Kaukasus: In der Gegend der Rüste, am Arghava-Fluß, zerstreute unser Feuer türkische Abteilungen; in mehreren Abschnitten zerstörten wir besetzte Häuser der Türken.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Im Laufe des 8. Januar unternahmen zwei österreichische Flugzeuge einen Flug in Richtung Verona, wurden aber durch das Feuer unserer Batterien getroffen, noch bevor sie ihr Ziel erreicht hatten und ergriffen die Flucht gegen Norden, wobei sie einige Bomben fallen ließen, die keinen Schaden anrichteten. In der Gegend vom Kreuzberg bei Combio zwang das wohlgezielte Feuer unserer Artillerie gegen ein feindliches Lager im Pischicental eine starke feindliche Abteilung auf Moos zu fliehen; ebenso zerstörte an verschiedenen Stellen in Mänten das Feuer unserer Batterien die feindlichen Verschanzungen und jagte deren Verteidiger in die Flucht. Auf dem Karst griff der Feind von neuem unsere Stellungen am Monte San Michele an, wurde aber wiederum mit Verlusten zurückgeschlagen. Rühne Unternehmungen unserer Patrouillen erlaubten uns etwa 80 Gefangene zu machen. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 5. Januar, abends. (W. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront fand am 4. Januar vormittags ein ziemlich lebhaftes Artillerieduell und Bombenversen statt. Der Feind richtete hauptsächlich gegen unser Zentrum und den rechten Flügel sein Feuer, an dem ein feindlicher Kreuzer und ein Panzerschiff teilnahmen. Am Nachmittag beschossen ein Panzerschiff und ein Monitor heftig dieselben Stellungen, verursachten dabei aber nur in einem sehr kleinen Teil unserer Gräben unbedeutenden Schaden. Unsere Artillerie erwiderte energisch und beschoß sehr wirksam die Landungsstellen bei Sedd ul Bahr und Tefke Burun sowie eine Truppenansammlung. Unser Feuer erreichte einmal einen feindlichen Kreuzer, der daraufhin sein Feuer einstellte. Am 3. Januar beschossen unsere anatolischen Batterien heftig die Landungsstellen bei Sedd ul Bahr und Tefke Burun. Die Erwidrerung des Feindes blieb unwirksam, obwohl er eine erhebliche Menge Munition verschwendete. Am 4. Januar beschossen dieselben Batterien feindliche Kruppen, die bei Sedd ul Bahr, in der Umgegend von Sedd ul Bahr und bei Tefke Burun arbeiteten, und erzielten gegen sie erhebliche Wirkung. Eine unserer Wasserflugzeuge unternahm einen gelungenen Erkundungsflug in der Richtung auf Zimbros und über Sedd ul Bahr und schleuderte dabei drei Bomben auf die Landungsstelle nördlich von Sedd ul Bahr und auf dort liegende Schiffe. Unsere Boote bei Ari Burun erhöhte sich um 2000 Risten Handgranaten, eine Feldküche mit vollständigem Material und eine Menge Risten mit Artilleriemunition.

Sonst ist nichts zu melden.

Ein englisches U-Boot gesunken.

Sang, 6. Januar. (W. L. V.) Wie das Marinedepartement mitteilt, traf das niederländische Kriegsschiff „Noordbrabant“ heute in der Höhe von Texel außerhalb der territorialen Gewässer ein britisches Unterseeboot, das Notsignale gab. Die ganze Besatzung von 82 Mann wurde durch den niederländischen Kreuzer gerettet. Das Unterseeboot ist gesunken.

„Die Festung London“.

Frankfurt a. M., 6. Januar. (W. L. V.) Unter der Ueberschrift: „Die Festung London“ veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ nachstehendes Berliner Telegramm:

Da die feindliche Presse vielfach den Eindruck zu erwecken versucht hat, als ob die Beschießung von London durch deutsche Luftschiffe und Flieger völkerrechtswidrig wäre, haben wir über den Umfang der Londoner Befestigungsanlagen Erkundigungen eingezogen. Wir können danach das folgende feststellen:

London ist, wie jede Festung neuerer Zeit, mit einer Linie von Befestigungsanlagen ausgestattet, die, in größerer Entfernung von der Stadt gelegen, diese selbst mit ihren militärisch wichtigen Kasernen, Depots, Fabriken, Häfen und Werften vor feindlicher Beschießung schützen sollen.

Die Beschießung von London wäre vor dem Entstehen unserer überlegenen Luftwaffen nur von See oder von Land aus möglich gewesen. Von See aus hätte die Beschießung von London ausgeführt werden können durch feindliche Schiffe, die in die Themsemündung einliefen. Deshalb gruppieren sich die Befestigungen, die London gegen See schützen sollen, um die Mündung der Themse.

Hierzu gehören zunächst die Werke von Shoeburyness östlich Southend und die westlich mit Geschützen ausgestatteten Anlagen südlich und südwestlich Southend. Auf dem Seesufer der Themse schließt sich an: Der „Defended port“ Sheerness mit dem Barton pt. Fort, dem Garrison pt. Fort und den dazwischen liegenden Linien. Die Anlagen ziehen sich dann am rechten Ufer des Medway entlang und im Bogen südlich um Chatham und Rochester herum. Andere Werke begleiten unmittelbar den Themselauf auf beiden Ufern bis London, davon sind dem Namen nach besonders bekannt: das Slough Fort, das Dove pt. Fort, das Coalhouse Fort sowie das Tilbury Fort und das New Tavern Fort bei Gravesend. Weitere Batterien stehen bei Purfleet und Stromauswärts bis zum Arsenal von Woolwich.

Die Anlagen, die London zu Lande decken sollen, ziehen sich in Form eines einseitigen Kränzes von der Themse westlich nach Gravesend aus in großem Bogen südlich um London herum bis in die Gegend südlich Reading. Es befinden sich Forts bei Barningham am Darent river, nordwestlich Sevenoaks, nördlich und nordwestlich Bexleyham, bei Medhill, Reigate, Dorking, Guildford und Aldershot.

Es handelt sich bei dieser ganzen Aufzählung lediglich um Werke, die schon im Frieden gebaut waren. Dazu kommen noch alle die mannigfachen Anlagen, die rings um London während des Krieges entstanden sind.

Der „Persia“-Fall.

Paris, 6. Januar. (W. L. V.) „Gavas“ meldet aus Washington: Wilson und Lansing sind gegenwärtig mit der Untersuchung der „Persia“-Affäre beschäftigt. Eine Entscheidung soll nach Einziehung sämtlicher Erkundigungen gefast werden.

New York, 6. Januar. (W. L. V.) Präsident Wilson beauftragt mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Komitees im Kongress, und zwar zum ersten Male seit Kriegsausbruch. Das Staatsdepartement erklärte, daß der Fall der Versenkung des Dampfers „Persia“ eine ernste Angelegenheit sei, aber daß ein Handeln in dieser Angelegenheit verschoben werden müsse.

bis alle Einzelheiten bekannt geworden seien. Der Eindruck in politischen Kreisen ist, daß eine gleichlautende Note an die kämpfenden Mächte ausgeben werden solle, die festzustellen habe, Amerika könne nicht dulden, daß Passagierschiffe versenkt werden, ohne daß eine vorherige Warnung ergangen ist, wie dies vermutlich bei der „Persia“-Katastrophe der Fall war. Fernerhin sei zu verlangen, daß erst alle Passagiere gerettet werden müßten, bevor irgend ein Dampfer torpediert werde. Der Zweck dieser gleichlautenden Noten würde sein, daß die Kriegsführenden verhindert würden, sich auf ihre Unkenntnis des amerikanischen Standpunktes herauszureden. Darüber hinaus werde erwartet, daß Oesterreich-Ungarn volle Genugtuung gebe, falls ein österreichisch-ungarisches Torpedoboot die „Persia“ torpediert habe. Die Presse gebärdet sich im allgemeinen ziemlich aufgeregt, aber der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wird nicht erwartet.

Rotterdam, 6. Januar. (W. L. V.) „Rotterdamse Courant“ meldet aus New York: Ein bemerkenswerter Vorfall werde anlässlich der Versenkung der „Persia“ von der deutschfreundlichen Presse viel besprochen. Die Associated Press veröffentlichte eine amtliche Mitteilung aus Washington, worin der Bericht des amerikanischen Konsuls Garrels in Alexandria zitiert wurde, aber die von Garrels mitgeteilte Tatsache, daß die „Persia“ eine Kanone an Bord führte, verschwiegen wurde. Als dies in den Privatberichten New Yorker Blätter gemeldet wurde, ersuchte die Associated Press das Staatsdepartement um ein Dementi, erhielt jedoch, daß die Erwähnung der Kanone in dem der Associated Press zur Veröffentlichung übergebenen amtlichen Bericht weggelassen wurde. Die Associated Press veröffentlichte diese Information. Die deutschfreundlichen Blätter machen nun dem Staatssekretär Lansing erbitterte Vorwürfe, daß er versucht habe, durch Unterdrückung einer Tatsache, welche die in der U-Bootkrise entstandene Spannung hätte vermindern können, die Voreingenommenheit gegen die Zentralmächte zu verstärken. Die Blätter erinnern daran, daß Prof. v. Mads vor einiger Zeit das Staatsdepartement beschuldigt hatte, Berichte des amerikanischen Vorkämpfers in London zurückgehalten zu haben, worin erklärt wurde, daß keine amtlichen Beweise für die Berichte von Orbe über angebliche deutsche U-Boote in Belgien gefunden worden seien.

Das Manifest des französischen Parteitages.

Dem Kongress der sozialistischen Partei Frankreichs, der vom Weihnachtssonntag bis zum darauffolgenden Donnerstag tagte, lagen, wie die soeben eingetroffenen französischen Parteiblätter mitteilen, über seine wichtigsten Beratungsgegenstände zwei Resolutionen vor. Die eine, die vom Genossen Bourderon eingebracht wurde, einen der französischen Delegierten der Zimmerwalder Konferenz, und die für notwendig erklärt, sofort die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen, erhielt 76 Stimmen; die andere, die von der Resolutionskommission des Kongresses vorgelegt wurde, erhielt 2786 Stimmen. Die angenommene Resolution, die von der „Humanität“ als Manifest des sozialistischen Parteitages veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

„Unter dem Druck des brutalen Angriffs ist die sozialistische Partei zusammen mit ganz Frankreich in den Krieg eingetreten. Sie hat das Recht der nationalen Verteidigung, die jede Eroberungs- und Annexionspläne ausschließt. Die Partei wird im Krieg verharren, solange nicht das französische Territorium befreit ist und der Versuch der Hegemonie, für die der Angriff das Signal und der Beweis gewesen ist, gebrochen und die Bedingungen eines dauerhaften Friedens sichergestellt sind. Die Bedingungen eines solchen dauerhaften Friedens hat die sozialistische Partei bereits dargelegt. Jeder dauerhafte Friede muß, wie es schon Marx und die Internationale sagte, auf der Proklamation der Moral und des Rechts und auf der Errichtung der Gerechtigkeit unter den Völkern gegründet sein.“

Kein dauerhafter Friede, ohne daß die kleinen Völkernationen in ihrer ökonomischen und politischen Unabhängigkeit wieder hergestellt sind. Die eine hat den Angriff Oesterreichs erduldet, nachdem sie fast alle Bestimmungen eines Ultimatums angenommen hat, das den Zweck hatte, sie zu demütigen und den Krieg zu provozieren, und obwohl sie über den Rest der Bestimmungen das Haager Schiedsgericht angerufen hatte. Die andere ist verwaist, weil sie sich geweigert hatte, in ihrer Person einen internationalen Vertrag zu verlegen zu lassen, den alle großen Nationen unter ihrem Schutz genommen hatten. Weide, Serbien wie Belgien, müssen aus ihrem Ruin wieder erweckt werden.

Kein dauerhafter Friede, ohne daß den unterdrückten Bevölkerungen Europas die freie Verfügung über sich wiedergegeben und ohne daß zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen im Sinne eines Rechts, das die Zeit nicht verjährt hat, das Band wiederhergestellt sei, das im Jahre 1871 die Brutalität der Gewalt zerrissen hatte, trotz der sozialistischen Proteste von Weibel und Liebknecht in Deutschland selber.“

Ist dieses Recht wiederhergestellt, wird Frankreich versichern, sich hinsichtlich und gerecht zu erweisen, indem es Elsaß-Lothringen selbst auffordert, aufs neue feierlich, wie es seine Vertreter vor der Rationalversammlung von Vorbeur getan hatten, seinen Willen, der französischen Gemeinschaft anzugehören, zu erklären.

Aber wenn auch die verbündeten Regierungen diese Fragen von zugleich moralischer und territorialer Geltung durch ihren Sieg lösen können, bedarf es noch anderer Garantien, zu denen die Mitwirkung der neutralen, ja selbst der feindlichen Völker notwendig ist.

Indem sie ihrerseits jede Politik der Annexionen und Eroberungen zurückweisen, indem sie sich streng an das Prinzip der Nationalitäten halten, werden die Verbündeten den Anklagen entgegen, die ungerichtetweise von ihren Gegnern gegen sie erhoben werden.

Aber sie haben noch größere Aufgaben in ihrer Eigenschaft als Kämpfer des Rechts und im Interesse der Zukunft der Welt, für die sie verantwortlich sind. Die Organisation eines internationalen Rechts erscheint der sozialistischen Partei, die sicher ist, hierin das Gewissen der Menschheit zu vertreten, als die zuverlässigste Garantie eines dauerhaften Friedens, indem die Verbündeten unter sich, und zwar alsbald, Schiedsgerichtsbestimmungen veröffentlichten über alle Streitigkeiten, die aber ihre gemeinsamen Interessen entstehen könnten und ihnen ein Beispiel geben, für das ihnen die neutralen Nationen erkenntlich wären und das den Weg für die einzigen, vollständigen Garantien eines dauerhaften Friedens öffnet würde.

Die sozialistische Partei weiß, daß, solange die Ungerechtigkeit des Kapitalismus bestehen bleibt, des Kapitalismus, dessen wirtschaftliches Konkurrenzregime die Entfaltung des kolonialen Systems und des Imperialismus am höchsten gesteigert hat, Kriege bestehen, auch in Gemeinschaft mit dem Kapitalismus selber die Gefahren des Krieges bestehen bleiben.

Aber die Welt steht vor folgender Alternative: Entweder wird sie die Praxis des Ultimatums beibehalten, und dann wird der Krieg mit dem vermehrten Gewicht der Rüstungen Europa in irgend eine neue Katastrophe führen, in der mit ihm die menschliche Zivilisation zugrunde geht — oder die Nationen werden sich zu der Praxis des internationalen Schiedsgerichtsverfahrens entschließen.

zur Begrenzung der Rüstungen, zur demokratischen Kontrolle der eingegangenen Verpflichtungen, zur Abschaffung der Geheimdiplomatie, zur Verstaatlichung der Kriegsindustrie, zur Organisation des wirtschaftlichen und militärischen Schutzes gegen räuberische Nationen. Dann, aber auch nur dann, kann Europa und die Welt mit Ruhe der friedlichen Entwicklung und dem Fortschritt, den den Menschen der Sozialismus bringt, entgegengehen.

Denen, die durch ihre Worte und ihre Taten, durch ihre ganze Kriegsführung proklamiert haben, daß die internationalen Verträge nur „Papiertagen“ sind, daß das Recht kein Gesetz kennt, die aus dem Völkerrecht einen Kinderpott gemacht haben, ihnen allen muß der siegreiche Friede, der dem Kriege folgen wird, die Verpflichtung zum Schiedsgericht und die Achtung der Unterschriften auferlegen als allgemeine Regelung des Verfahrens unter zivilisierten Nationen. Wenn die verbündeten Regierungen von jetzt ab erklären, daß sie sich bemühen werden, dem Friedensschluß diesen Charakter zu geben und als oberste Regelung der Konflikte unter den Völkern das Schiedsgerichtsverfahren anzuerkennen, dann werden sie einen unvergleichlichen Anstoß moralischer Kraft den heroischen Kämpfern verleihen, die solchermaßen fühlten, daß das Resultat ihrer Anstrengungen würdig ihres Opfers ist.

Die feindlichen Regierungen sagen ihren Völkern, daß die Verbündeten, indem sie die Niederlage des preussischen Militarismus wollen, die Vernichtung Deutschlands erstreben. Die sozialistische Partei weist ihrerseits eine solche Auffassung zurück; weder politische Vernichtung Deutschlands, welches dann im Laufe der Zeit von neuem durch Blut und Eisen seine Einheit wiederherstellen müßte, noch wirtschaftliche Vernichtung, die unter Verletzung jeglichen Rechts eine ansehnliche Bevölkerung bedrücken und sie dem äußersten Jorn der Verzweiflung preisgeben würde.

Aber der preussische Militarismus, ein System der Brutalität, ein Wille zur Hegemonie, erst der deutschen, dann der Hegemonie über die ganze Welt, ist von allen Militarismen der gefährlichste für die Sicherheit der Welt, gefährlich auch für die Rückkehr Deutschlands selber zu einer Entwicklung des friedlichen Fortschritts. Den preussischen Militarismus dazu zwingen, daß er sich zu den Methoden des Rechts bequemt, das heißt ihn zwingen, sich selbst zu zerstören, indem er seinen Existenzgrund verneint. In diesem Sinne könnte der Krieg von 1915 der letzte der Kriege sein. Damit er es sei, bedürfen die Verbündeten nicht nur des Sieges durch die Waffen, sondern auch des Bestandes der Völker, zunächst des deutschen Volkes selber, wenn es endlich aus dem abhässlichen Nausch erwacht, in dem es seine Regierenden versenkt haben. Wäge darum das deutsche Volk nachsinnen über den Ursprung der Katastrophe, möge es die imperialistischen Eroberungspläne prüfen, die durch die regierenden Massen Deutschlands kundgetan sind, möge es hören auf den Appell derer, die sozialistisch und nicht, das Gewicht der Mittelmächte allzu schwer finden und möge es dann gegenüber den Herren des Reichs in die entschlossenste und energischste Opposition sich stellen. Wäge es das politische Leben der deutschen Nation aufzurichten, der deutschen Nation, die zu ihrem ihr eigenmächtigen Genie zurückgelehrt sein wird, bei einer Regierungsform, in der das allgemeine Wahlrecht keine leere Phrase ist, in der die Regierungen verantwortlich sind vor der Volkshoheit und nicht allein vor dem Kaiser, dem ausschließlichen Herrn über die Katastrophen.

Von diesem Gesichtspunkt aus prüft die sozialistische Partei die Frage, ob es angebracht ist, die internationalen Beziehungen und gleichzeitig die Beziehungen mit der deutschen Sektion wieder aufzunehmen, und sie knüpft die Wiederaufnahme dieser Tätigkeit an die Voraussetzung von Handlungen. Klar und ohne Zweideutigkeit muß die deutsche Sozialdemokratie den längst durch die internationale festgesetzten Grundfragen wieder Kraft und Leben verleihen: Zurückweisung des Imperialismus und der Eroberungspolitik; Anerkennung des Rechts, das die Völker haben, über sich selbst zu bestimmen, und die Nationalitäten oder Bruchteile von Nationalitäten, wenn sie verlegt werden, selbst ihre Lage zu bestimmen; Protest gegen die Verletzung des Völkerrechts und der Neutralitäten, die unter die Garantie von Europa gefehlt sind. Nur wenn diese Versicherungen gegeben werden, nicht nur als Formeln von Resolutionen, sondern als lebendige Regel ihrer Aktionen gegen die kaiserliche Regierung, nur wenn entscheidende Handlungen durch die Sozialdemokratie oder durch die Minoritätsoptionen vollzogen werden, kann die Wiederaufnahme der Beziehungen ins Auge gefaßt werden.

In der Tat, vom Standpunkt der sozialistischen Partei Frankreichs kann es keine Internationale geben ohne Prinzipien, keinen internationalen Sozialismus ohne Ideale und ohne Seele. Wie sollte die Internationale vorgeben, die sei der Friede der Zukunft, wenn sie, konnte sie auch nicht zur Zeit die Kriegsgeißel aufhalten, nicht mindestens das unheugame Uebel bewahrt, welches man der Wahrheit schuldig ist; wenn sie nicht Gericht hält über die Regierungen, die schuldig sind, sich den Vermittlungen und dem Schiedsgericht entzogen und dadurch die Katastrophe beschleunigt, schließlich unvermeidlich gemacht zu haben.

Die sozialistische Partei Frankreichs kann, wie hinzugefügt sei, nicht zugeben, daß diese Wiederaufnahme als ein Zeichen nationaler Schwäche aufgefaßt wird und sie weist jede Propaganda dieser Art zurück.

Die sozialistische Partei betrachtet als ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die internationalen Beziehungen wieder hergestellt werden könnten, den Unterschied, der sich zwischen den imperialistischen Sozialisten Deutschlands und der Minorität bemerkbar macht. Das Anzeichen dieser Minorität ist es, welches die Ehre des internationalen Sozialismus selber retten wird und welches vielmehr, wenn die Minorität energisch und weitblickend ist, die Erneuerung und das Heil des deutschen Sozialismus, die Geist abzuwürgen, in der der internationale Sozialismus seinen Lauf wieder aufnehmen kann. Indem er Lehre zieht aus der Lektion dieses Krieges, der mehr noch als der Friede gezeigt hat, wie unermüdlich die regierenden Klassen sind, um die menschlichen und sozialen Kräfte zusammenzufassen, um allen Völkern das Regime kaiserlicher Demokratie zu verleihen, um dem Allgemeininteresse das Sonderinteresse zu opfern, das durch die Konkurrenz der kapitalistischen Produktion ins Ungemessene gesteigert wird, weiß der Sozialismus, daß die Zukunft der geklärten und lebendigeren Internationale nahe und leuchtende Verantwortlichkeiten auferlegt. Und weil sie weiß, daß sie dieser Zukunft dient, schaut die sozialistische Partei Frankreichs entschlossen auf ihren Weg. Gemäß den Prinzipien und in voller Übereinstimmung mit seinen Zentralorganisationen gibt der Kongreß seinen Vertretern den Auftrag, fernerhin durch die Bewilligung der Kredite die Mittel zum Sieg zu gewährleisten und durch seine drei Delegierten beim Werk der nationalen Verteidigung mitzuwirken. Des weiteren erklärt der Kongreß, daß er in Hinsicht des Friedens, der nicht separat geschlossen werden dürfe, den Worten zustimmt, die Minister Asquith im Unterhaus gesprochen hat:

Die Regierungen von Frankreich, Rußland, Japan, Italien und England haben sich untereinander verpflichtet, keinen Separatfrieden einzugehen. Wenn Vorschläge erster Art in Richtung auf

einen allgemeinen Frieden durch die feindlichen Regierungen, sei es direkt oder durch neutrale Vermittler gemacht würden, so sollen sie zunächst zwischen den verbündeten Regierungen zur Erörterung gestellt werden. So lange dieser Fall nicht eingetreten ist, kann ich keine andere Verpflichtung machen. Sobald Friedensvorschläge gemacht sein werden, lenkt die Regierung keinen anderen Wunsch, als sie so schnell als möglich dem Parlament mitzuteilen.“

Der Kongreß erinnert die sozialistische Parlamentsfraktion an die Einheit der Aktionen, die die Einheit der Abstimmung im Parlament in allen wichtigen Fragen in sich schließt. Der Kongreß erinnert nochmals alle Kampfgenossen, die Führer wie die Organisationen, an die mehr als je gebieterische Notwendigkeit der Einheit der Partei; er erinnert daran, daß jede öffentliche Aktion in der Presse wie im Parlament oder in der Agitation für jeden getragen sein muß von der ehrlichen Beachtung dieser vom Kongresse angenommenen Resolution sowie auch von der Sorge, daß die Schwierigkeiten der Aktionen durch keine Ueberhebung der Rede, noch durch persönliche Polemik vergrößert werden. Er erinnert alle daran, daß jede Sonderaktion zur Konsequenz haben muß nicht allein eine Schwächung der Einheit der Partei, sondern auch die Schwächung des Werkes der nationalen Verteidigung, an der die Partei mitarbeitet.

Die Partei rechnet darauf, in diesen schrecklichen Stunden, daß ihre Kampfgenossen, sowohl die Dabeigeblichen wie die an der Front, um ihre doppelte Pflicht zu erfüllen, sich begeistern lassen von dem glühenden Rendenten an Jaurès und Bailant, die beiden großen Toten, die die Partei beweint und die der Krieg, der Enffesler wilder Hölle, der Edemann ungeheurer Schmerzen, der Sage Frankreichs und des internationalen Sozialismus geraubt hat.

Das Manifest erklärt, daß die sozialistische Partei Frankreichs nicht zugeben könnte, daß eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu den deutschen Sozialisten als ein Zeichen nationaler Ohnmacht oder ein Zeichen der Schwäche Frankreichs gedeutet werde, und daß sie von vornherein jede Propaganda, die sich in dieser Richtung bewegen sollte, verurteilen würde. Sie sieht in dem Anwachsen der Minorität in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Hoffnungszeichen für eine baldige Wiederherstellung der Beziehungen.

Zweifellos würden aber die französischen Sozialisten eine Annäherung beschleunigen, wenn sie nicht immer noch an der Aufhebung festhielten, daß der preussische Militarismus durch den Krieg vernichtet werden müsse. Oft genug haben wir gezeigt, daß der Militarismus durch den Krieg nicht vernichtet werden kann. Den französischen Genossen sollte diese Tatsache längst klar geworden sein. Sie sehen, wie gerade der Krieg den Militarismus stärkt und sogar großzieht. Selbst das demokratische England scheint sich zum Militarismus bekehren zu wollen, es wird der stärksten Anstrengungen von Seiten der Arbeiter bedürfen, um das so gehähte deutsche System in England zu Fall zu bringen. Wir führen die Worte Runcimans in seiner Unterhausrede vom 21. Dezember an:

„Es mag bedeutungslos erscheinen, aber es ist die Art der Methode, die von Deutschland angenommen worden ist. Lassen Sie uns nicht vergessen, daß Deutschland, wenn es seine Armee aufstellt, nicht so vorgeht, daß es seine Bevölkerung in Verheerete und Unberheerete einteilt. . . . Es prüft seinen Handel und seine Industrie, so wie wir unsere geprüft haben. Es gibt Befreiungen von der Dienstpflicht so wie wir Befreiungen geben.“

Runciman gibt damit zu, daß nach der Annahme der Wehrpflichtvorsorge wenig Unterschiede zwischen dem englischen und dem deutschen System bestehen würden. Das sollte unseren französischen Freunden zu denken geben und sie veranlassen, die Phrase von der Verschmierung des preussischen Militarismus ebenso aufzugeben wie sie andere Phrasen haben fallen lassen.

Im übrigen werden wir auf das Manifest der französischen Partei noch ausführlicher zurückkommen.

Vandervelde über die Internationale.

Ein Mitarbeiter des „N. Rotterd. Courant“, der Vandervelde in Jahre begegnet ist, teilt einige Aeußerungen Vanderveldes über den Krieg und über die Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen der Arbeiterparteien mit. Vandervelde sagte, seine Abneigung gegen einen „vorzeitigen Frieden“ sei noch verklärt: „Unsere (wessen? Der belgischen Sozialisten? Der belgischen Regierung? Der alliierten Regierungen? D. Red.) Lösung ist: Kein Eroberungskrieg, sondern ein Verteidigungskrieg ohne Zögern und Weichen bis zum Tag, wo der Sieg uns die Bürgschaft gibt, daß wir solche Streiche nicht mehr sehen werden.“

Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie die deutsche Sozialdemokratie?“ antwortete Vandervelde: „Es muß zwischen der Friedensfrage und der Frage der internationalen Beziehungen der Sozialisten ein sehr deutlicher Unterschied gemacht werden. In der Tat kann ich darum, weil 33 deutsche Sozialdemokraten die kaiserliche Politik ablehnen, einen vorzeitigen Frieden nicht für weniger gefährlich halten. Aber andererseits, von einem sozialen Gesichtspunkt und auch unter dem Gesichtspunkt der künftigen gegenseitigen Beziehungen der sozialistischen Parteien lege ich viel Wert darauf, daß Männer wie Haase und Kautsky gleich mir jede Annexionspolitik verurteilen und gegen jeden Gedanken einer Einverleibung Belgiens durch Deutschland protestieren. Ebenso wie ich glaube, daß wir die Macht gebrauchen müssen, um Frankreich und Belgien zu befreien, ebenso sehr lege ich Wert auf gewisse Grundsätze, worüber in der Zukunft im internationalen Sozialismus Übereinstimmung bestehen muß.“

„Nun, als Sozialist freie ich mich, daß die internationalen Beziehungen später werden aufgenommen werden können mit jenen deutschen Sozialisten, die sich dem Imperialismus nicht beugen haben. Aber als Belgier und Europäer erkläre ich, daß dies unseren Willen nicht schwächen darf zur Fortsetzung eines Krieges, der für uns nie etwas anderes gewesen ist als ein Krieg der Verteidigung — der geistlichen Verteidigung.“

Diese Aeußerungen Vanderveldes heben sich im Tone von früheren durch ihre größere Ruhe ab. In praktischer Hinsicht bedeuten sie leider keinen Fortschritt. Mit seinem: „Einerseits, andererseits“ weicht Vandervelde der Verpflichtung aus, auch seinerseits die Friedensbereitschaft, die er bei der Masse des deutschen Volkes erkennt, als Sozialist zu bekunden. Und nicht einmal für die Zukunft zeigt er einen klaren Entschluß. Das seltsamste aber ist, daß Vandervelde übersehen hat, daß eine Internationale, die nur die Sozialisten vereinigen würde, die in diesem Krieg die radikale Gegnerchaft gegen die regierenden Massen aufrechterhalten haben, ganz besonders auch — seine eigene Mitwirkung ablehnen müßte.

Parlamentsprotest gegen die Unterdrückung des „Forward“.

London, 5. Januar. (W. T. B.) Die gestrige Debatte des Unterhauses über die Unterdrückung des schottischen Sozialistenblattes „Forward“ war, nach dem Bericht der „Morning Post“, die wichtigste seit Beginn des Krieges. Die dabei zutage tretende Erbitterung gab dem Hause einen Vorgeschnau von der Haltung, die die Sozialisten bei der Debatte über die Dienstpflicht-Bill einnehmen werden. Als Asquith sagte, er habe von der Unterdrückung des Blattes soeben erst erfahren, rief der radikale Abgeordnete Cuthwaite in den allgemeinen Lärm hinein: Es wäre Zeit, daß Sie zurücktreten. Bei der Debatte über die Novelle zum Munitionsgesetz sagte Pringle (Liberal), die Lage im Clydegebiet grenze an Revolution. Die Regierung verheimliche der Öffentlichkeit die Zustände systematisch; die Arbeiter mehrerer Munitionswerke hätten sich geweigert, Lloyd George bei dem jüngsten Besuch anzuhören. Lloyd George stellte dies in Abrede und wandte ein, die Berichte über die vertraulichen Besprechungen seien entstellt worden. Hodge sagte, die Arbeiter des Clydegebietes hätten sehr berechtigte Beschwerden; wenn diese nicht bald abgestellt würden, würden sehr ernste Schwierigkeiten entstehen. Currie (Unionist) führte aus, die Arbeiter des Clydegebietes fanden es schwer, die gegenwärtige Haltung Lloyd Georges mit seinen früheren Anschauungen zu vereinigen. Das sei der Hauptgrund der Schwierigkeiten. Lloyd George erklärte, es sei notwendig, die Arbeiter und Arbeitgeber unter eine gewisse militärische Kontrolle zu stellen, damit sie nicht die Umstände gegeneinander ausnützten. Die Unzufriedenheit der Arbeiter sei nicht als Revolte gegen die Regierung, sondern gegen die Führer der Gewerkschaften anzusehen. Diese Entwicklung hätte bereits vor dem Kriege eingesetzt. Eine sehr starke Organisation bestände, die gegen die Arbeiterführer arbeite; aber doch müsse die Arbeit organisiert werden, wenn der Krieg gewonnen werden sollte. Cuthwaite sagte, als die Vergleiche von Sidwales ohne Zustimmung ihrer Führer streifen, bewilligte Lloyd George alle ihre Forderungen. Es sei nicht einzusehen, weshalb schottische Arbeiter anders behandelt werden sollten als Waliser.

Unterbringung erholungsbedürftiger Kriegsgefangener in der Schweiz.

Davos, 6. Januar. (W. T. B.) Die seit langem schwebenden Unterhandlungen über die Unterbringung erholungsbedürftiger Kriegsgefangener in der Schweiz sind so weit gediehen, daß vorbereitende Schritte getan werden konnten. In einer Verammlung von Hotelanwärtinnen und Pensionärinnen teilte Sanitätsoberstleutnant Riehens im Auftrag des schweizerischen Armeearztes mit, daß vorerst ein Versuch mit je 1000 deutschen und französischen Kriegsgefangenen gemacht werden soll. Als Internierungsorte sind für in Deutschland Kriegsgefangene Franzosen die Kurorte Montana und Leyth im Kanton Wallis, für die in Frankreich Kriegsgefangenen Deutschen Davos in Aussicht genommen. Es wird sich dabei nur um Leichtere handeln, Schwerverletzte werden, wie bisher, ausgetauscht werden. Unterkunft und Verpflegung sollen einseitig noch den für schweizerische Militärpatienten geltenden Grundsätzen erfolgen. Die Internierten werden unter Kontrolle stehen, insofern sie keine militärische Verwendung vorgesehen. Etwasige Ausbreiter müßten von ihren Staaten zurückgeliefert werden und kommen dann in Gefangenenlager. Die Kosten für die Verpflegung der Kriegsgefangenen in der Schweiz tragen Deutschland und Frankreich je für ihre Staatsangehörigen.

Leider hat die französische Regierung ihre vorbehaltslose Zustimmung zu dem Versuch noch nicht erteilt, so daß er am 15. Januar 1916, wie von der deutschen Regierung vorgeschlagen, noch nicht zur Ausführung kommen kann.

Letzte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Amtlich, Berlin, den 6. Januar 1916. (W. T. B.) Der Oberbefehlshaber in den Marken veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des § 9b des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bzw. des § 4 des bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 in Verbindung mit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 31. Juli 1912, den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörde betreffend, wird hiermit die Verfeinerung von Eichenrinde, Fichtentrinde, Gerblohe bis zur Befanntschaft der demnächst zu erwartenden Höchstpreis-Verordnung verboten.

Der Oberbefehlshaber.
gez. v. Kessel,
Generaloberst.

Die Antwort des Generals Sarraill.

Sabatini, 6. Januar. (T. U.) „Ag Est“ meldet aus Saloniki: General Sarraill überreichte gestern die Antwort auf den Protest des Präfecten von Saloniki betr. die Verhaftung der Konsuln der deutschen Mächtegruppe in Saloniki. In der Antwort wird ausgeführt, daß die Verhaftungen eine militärische Maßnahme darstellen, welche im Interesse der in Griechisch-Macedonien befindlichen Entente-Truppen notwendig war.

Die englische Arbeiterpartei zur Wehrpflichtbill.

London, 6. Januar. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Auf der nationalen Arbeiterkonferenz, die zur Beratung über die Frage der Dienstpflicht zusammengetreten ist, beantragte der Abgeordnete Hodge, daß die Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament frei und ohne Fraktionszwang über die Bill abstimmen sollten.

Die Russen in Persien.

Konstantinopel, 6. Januar. (W. T. B.) Nach hier angelangten Meldungen aus türkischer Quelle haben die Russen in einer Stärke von mehr als 2000 Mann die Ortschaft Scheno in Persisch-Armenien angegriffen, die von türkischen Truppen und Freiwilligen besetzt worden war. Sie wurden jedoch zurückgeworfen und bis in die Umgegend von Urmia verfolgt, wobei sie schwere Verluste erlitten.

Die allgemeine Wehrpflicht in China.

Frankfurt a. M., 6. Januar. (W. T. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Die chinesische Regierung beschloß, nach dem „Ostasiatischen Lloyd“, in vier aufeinanderfolgenden Zeitabschnitten, die sich auf insgesamt zehn Jahre verteilen, mit der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht zu beginnen. Zunächst wird die Wehrpflicht in den Provinzen Tschin, Honan und Schantung eingeführt. Unter die zweite Zeitgruppe fallen Fengtien, Kirin, Schansi, Schensi und Kansuh, unter die dritte Kiangsu, Tschekiang, Anhui, Hunan, Szechuan, Fuhien, Kwangtung, Kwangsi, Szechuan, unter die letzte Yunnan, Chinesisch-Turkestan, Westkantung, sowie die Grenzverwaltungsbezirke Jehol, Chebor, Suiyuan und Kofunor.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnregelung für Militärnährarbeiten

Ist immer noch auf sich warten. Wie am Mittwoch in einer Versammlung der Vertrauenspersonen der Wäschebranche berichtet wurde, ist die Angelegenheit seit der letzten Versammlung nicht vom Fleck gerückt. Man weiß immer noch nicht, ob die Fabrikanten bereit sind, die für die ganze Branche so notwendige tarifliche Festlegung der Löhne gemeinsam mit den Arbeitnehmern vorzunehmen. Es wird erwartet, daß sich die Fabrikanten bald entweder für oder gegen eine Tariffestlegung entscheiden, damit die Arbeitnehmer ihre Maßnahmen danach treffen können. Der Zustand der Angelegenheit muß endlich ein Ende nehmen. Für Donnerstag, den 13. Januar, wird eine Versammlung der Nährinnen einberufen werden, welche zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen soll.

Deutsches Reich.

Zur Arbeitsnachweisfrage in Köln.

Wie wir berichteten, hat der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln versucht, den Kölner Arbeitern unter Mißbrauch des Bürgerfriedens einen einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweis aufzuzwingen. Die Kölner Gewerkschaften aller Richtungen haben gegen diesen Versuch Einspruch erhoben und der Gouverneur der Festung Köln hat sich der Angelegenheit angenommen. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde die Eröffnung des Unternehmer-Arbeitsnachweises in letzter Stunde verschoben. Der Arbeitsnachweis für die Kölner Industrie teilt dies seinen Teilnehmern in folgendem Schreiben mit:

„Da der Herr Gouverneur durch Schreiben vom 1. Januar auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Verlagerungszustand vom 4. Juni 1851 im Interesse der öffentlichen Sicherheit bis auf weiteres verboten hat, daß der vom Arbeitgeberverband gegründete Arbeitsnachweis in Tätigkeit tritt und durch diesen Arbeitsnachweis irgendwie vermittelt wird, so kann seine Eröffnung vorläufig nicht stattfinden.“

Wir bitten Sie, hiervon gefälligst Vermerk zu nehmen und werden demnächst auf die Angelegenheit zurückkommen.

Schachtungsbevoll

Der Nachweisleiter:
(gez.) Dr. Rottet.“

Erwerbslosenfürsorge für die Textilarbeiter in Württemberg.

In die Reihe derjenigen Einzelstaaten, die die Textilarbeiterfürsorge, soweit die Zentralinstanz in Frage kommt, geregelt haben, ist nun auch Württemberg getreten.

Die Unterstützung der Arbeitslosen oder beschränkt arbeitenden Textilarbeiter soll sich nunmehr in Württemberg zusammensetzen aus der „Allgemeinen Unterstützung“, die die Sätze der Geldunterstützung für Erwerbslose aller Branchen enthält, und den „Besonderen Zulagen für Textilarbeiter“. Es erhält demnach, um ein Beispiel herauszugreifen, ein arbeitsloses Textilarbeiter-Ehepaar pro Tag 1,80 M.; jedes erwerbsunfähige Kind 0,80 M.; besondere Zulage für das Ehepaar pro Tag 0,70 M.; besondere Zulage für das erwerbsunfähige Kind 0,10 M.; das ergibt zusammen für ein Textilarbeiter-Ehepaar pro Tag 2,50 M., für ein erwerbsunfähiges Kind 0,40 M. oder pro Woche: für ein Textilarbeiter-Ehepaar 17,50 M., für ein erwerbsunfähiges Kind 2,80 M.

Etwaiger Arbeitsverdienst einzelner dem Haushalt zugehöriger Familienangehöriger wird zu drei Viertel des Betrages in Anrechnung gebracht. Zinsen aus Sparguthaben und Rentenbezüge nur zur Hälfte. Gewerkschafts-, Arbeitgeberunterstützungen, Unterstützungen der Familien eingezogener Mannschaften aus Kriegsmitteln werden nicht angerechnet.

In keinem Falle soll die Unterstützung den bei regelmäßiger Beschäftigung verdienten Lohn der Unterstügten überschreiten.

Aus Industrie und Handel.

Ausfuhrverbot für Stabeisen.

Düsseldorf, 5. Januar. (B. Z. V.) Hier fanden heute Verhandlungen mit Vertretern der Industrie über die Handhabung des in Aussicht genommenen Ausfuhrverbots für Stabeisen statt.

Im Jahre 1913 hat die Ausfuhr von Stabeisen 1 173 265 Tonnen im Werte von 1550 Millionen Mark betragen. Ein sehr großer Teil davon ist direkt oder indirekt nach England und seinen Kolonien gegangen.

Auch während des Krieges wollte sogar das gegnerische Ausland nicht auf deutsches Stabeisen verzichten, wie aus dem letzten Geschäftsbericht des Stahlwerksverbandes hervorgeht, worin es hieß: „Es wurde vom feindlichen Ausland zwar versucht, deutsches Halbzeug zu erhalten; alle derartigen Ansuchen wurden aber im vaterländischen Interesse abgelehnt.“

Der Zufall will es, daß sich am 4. Januar die Stabeisenwerke zu einer gemeinsamen Auslandsverkaufsvereinbarung bis 30. Juni 1916 vereinigt haben. Diese Konvention wird jetzt nicht mehr all zu viel zu tun haben, es sei denn, daß sie nach Eintritt von Regierungsvertretern nach Art anderer gemeinwirtschaftlicher Gesellschaften die Kontrolle über die Stabeisenausfuhr übernimmt.

Gründung einer Deutsch-Spanischen Vereinigung.

Am 29. Dezember ist in Stuttgart die Gründung einer Deutsch-Spanischen Vereinigung erfolgt. Den Ehrenvorsitz hat Fürst Karl von Urach, Graf von Würtemberg übernommen. An der Gründungsversammlung nahmen u. a. Gelehrte, Kaufleute, Großindustrielle, auch Angehörige spanisch sprechender Länder teil. Die neue Vereinigung verfolgt im wesentlichen ähnliche Ziele, wie die bereits gegründete Deutsch-Türkische und Deutsch-Bulgarische Vereinigung. Sie beschränkt sich in der gegenwärtigen Zeit vorerst darauf, in ganz Deutschland die Kräfte zu sammeln und Zweigvereine zu organisieren, denen unter gänzlicher Ausschaltung aller politischen und religiösen Gesichtspunkte an einer Annäherung zwischen den Völkern deutscher und spanischer Sprache gelegen ist. Nach dem Kriege ist dann auch die Angliederung eines besonderen wirtschaftlichen Austauschgeplantes; aber abgesehen von der Förderung wirtschaftlicher Interessen ist auch die Hebung der kulturellen Beziehung vorgesehen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 422 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie ufm.: Garde: 3. und 5. Garde-Reg. 3. B.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Elisabeth; Garde-Fuß.-Reg.; Garde-Reg.-Jäger- und Garde-Schützen-Batl. Lehr-Inf.-Reg. Gren., begw. Inf., begw. Fuß.-Regimenter Nr. 1, 3, 9 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 268), 11, 13 bis einschl. 17, 21 bis einschl. 24, 33, 34, 36, 41 bis einschl. 44, 46, 49, 57 bis einschl. 60, 67, 68, 71, 72, 74, 76 bis einschl. 77, 79, 81, 82, 83, 85, 88, 89, 94, 96, 97, 111, 112, 113, 115, 116, 118, 128, 129, 137, 140, 141, 142, 146, 147, 149,

150, 157 bis einschl. 161, 163 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 242), 164, 166, 168, 169, 170, 172. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 11, 12, 15, 17, 20, 21, 22, 24, 31, 32, 35, 36, 38, 48, 49, 59, 60, 67, 68, 70 (f. Festungs-Maschinengew.-Komp. Nr. 5), 73, 77 bis einschl. 80, 82, 83, 86, 91, 93, 99, 100, 116, 130, 208, 204, 206, 208, 212, 213, 215, 219, 220, 224, 225, 259, 267, 268, 269. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1 und 4. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 12, 15, 16, 17, 20 bis einschl. 23, 32, 39, 46, 49, 57, 60, 76, 80, 84, 93, 99, 109, 116. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 23 und 109. Landst.-Inf.-Bataillone: 1., 2. und 3. Altenstein, 2. Donn, 1. Braunschweig, 2. Coblenz, 2. Cottbus, 1. und 2. Cistrin, 1. und 2. Darmstadt, 2. Deutz, 1. und 3. Diedenhofen, 1. Flensburg, 3. Frankfurt a. O., 1. Freiburg i. Baden, Gießen, 2. Gleiwitz, Goldap, 1. und 2. Görlich, 1. Hagenau, 1. Jauerburg, Lingen, 1. Löhren, 3., 4. und 9. Münster, 1. und 3. Posen, Rastenburg, 1. Rendsburg, 2. Siegburg, Siogen, 2. Tilsit (f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 23), 2. I Trier, Wehlan, Wehlar. Landst.-Inf.-Bataillone: 6. Altenstein, 6. Cöln, 2. Darmstadt, 3. Gotha, 3. Hamburg, 4. Hannover, 3. Königsberg i. Pr., Mainz, 2. Marienwerder, 3. des 15. Armeekorps (Oberhofen), Schwedt a. O., 6. des 7. Armeekorps (Sennelager), 3. Stolz, 2. Straßburg i. G. Landst.-Inf.-Ausbildungs-Batl. 2. Kreuznach und solche des 11. Armeekorps (Hersfeld). Jäger-Regimenter Nr. 2 und 3; Bataillone Nr. 3, 7, 8, 10 (f. Jäger-Reg. Nr. 2), 14; Ref.-Batl. Nr. 19. Gebirgs-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 211 und 243; Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 90 (f. Inf.-Reg. Nr. 15); Festungs-Maschinengew.-Komp. Nr. 5.

Kavallerie: Kürassiere Nr. 5 (f. Feldfliegertruppe) und 7; Grenadiere zu Pferde Nr. 3; Dragoner Nr. 4 und 24; Ulanen Nr. 10; Jäger zu Pferde Nr. 2 und 3. Ref.-Kav.-Abt. Nr. 82. Feldartillerie: 6. Garde-Reg.; 1. und 3. Garde-Reg.-Reg. Regimenter Nr. 4, 8, 10, 34, 35, 37, 52, 66, 67, 75, 93, 217; Ref.-Regimenter Nr. 1, 11, 20, 44, 63. Gebirgsartillerie-Batterie Nr. 1. Fußartillerie: 1. Garde-Landst.-Batl. Regimenter Nr. 9 (f. Feldfliegertruppe), 13, 16, 18; Ref.-Reg. Nr. 9; Erf.-Batl. Nr. 26; Landst.-Batl. Nr. 20. Fußart.-Batterien Nr. 211, 243, 338, 481, 545.

Pioniere: Regimenter Nr. 20, 23, 29; Bataillone: II. Nr. 3, I. Nr. 7, I. Nr. 11, I. Nr. 14, I. Nr. 16, I. Nr. 21, I. und II. Nr. 27. Erf.-Batl. des Pionier-Bataillons Nr. 9. Pionier-Kompagnien Nr. 100, 229, 233, 241, 250, 268, 308; Ref.-Kompagnien Nr. 55, 78, 84, 89, 91. Minenwerfer-Batl. Nr. 1; Minenwerfer-Komp. Nr. 211; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 114 und 199; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 85.

Verkehrsgruppen: Linien-Kommandantur Brüssel. Ref.-Eisenbahnbau-Kompagnien Nr. 15 und 30. Armees-Telegraphen-Abt. Nr. 2 des Gardekorps. Fernsprechzug der 88. Inf.-Div. Luftschiffer-Batl. Nr. 3 (f. Feldfliegertruppe). Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Batl.

Train: Train-Abt. Nr. 18. Fuhrparkkolonne Nr. 1 des 21. sowie Detach. des 17. Armeekorps; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 142 der Armees-Abt. v. Stranz; Ciappen-Fuhrparkkolonne Nr. 9. Best. Ref.-Feldbäckereikolonne Nr. 21. Pferdepark Nr. 1 des Garde-Reservekorps.

Sanitäts-Formationen: Feldlazarett Nr. 2 des 2. Armeekorps. Kriegslazarett-Abt. Nr. 55 der 12. Armees. Ref.-Lazarette. Freiwillige Krankenpflege.

Armierungsbataillone Nr. 17, 38, 55, 62, 63, 64, 66, 68, 69, 70, 72, 79, 90. Berichtigung früherer Angaben: Batl. Nr. 9, 17, 35, 92.

Kriegsbeschäftigungsämter des 1., 2., 5. und 6. sowie Ref.-Beschäftigungsamt des 18. Armeekorps.

Bezirkskommandos 6 Berlin und Koburg. Post-Überwachungsstelle Mülhausen.

Feldpost-Expeditionen der 2. und der 103. Inf.-Div.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 244 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir vorgestern mitteilten.

A. WERTHEIM

Freitag und Sonnabend:

Konserven

- Riesen-Stangenspargel 1.95
- Stangenspargel extra stark 1.80
- Stangenspargel stark . . . 1.65
- Stangenspargel 50/60 St. . . 1.30
- Spargelköpfe ^{grün} 1/2 Dose 65 Pf. 1.20
- Bruchspargel ^{dünn} 1 M. ohne 85 Pf.
- Abschnittspargel 65 Pf.
- Junge Schoten sehr fein . . 1.40
- Junge Schoten ^{fein} 1/2 Dose 65 Pf. 1.20
- Junge Karotten 78 Pf.
- Junge Karotten extra klein 85 Pf.
- Karotten geschnitten 43 Pf.
- Spinat 53 Pf.
- Grünkohl fein gewiegt . . . 48 Pf.
- Weißkohl 48 Pf.
- Wirsingkohl 48 Pf.
- Rotkohl 53 Pf.
- Weißbohnen 90 Pf.
- Prinzebohnen ^{extra fein} 1/2 Dose 75 Pf. 1.30
- Prinzebohnen fein ^{1/2 Dose} 65 Pf. 1.30
- Steinpilze . . . 1/2 Dose 70 Pf. 1.30
- Rote Rüben 42 Pf.
- Aepfel (Goldparmänen) . . . 1.05
- Mirabellen 1.20
- Süßkirschen 1.10
- Gemischte Früchte Ia . . . 1.40
- Pflaumen Ia süßsauer . . . 85 Pf.
- Birnen weiß, halbe Frucht . 95 Pf.

Marmelade

- Gemischte Marmelade goldbrt, Elmer ca. 5 Pfund. . . . 2.45
- Erdbeer-Marmelade
- Himbeer-Marmelade
- Kirsch-Marmelade
- Johannisbeer-Marmelade 3.95
- Aprikosen-Marmelade
- Gem. Pflaumenmus ca. 5 Pfund. 2.90
- Holländ. Marmeladen
- Aprikos., Erdbeer., Himbeer., Johannisb., Cl. 80 Pf.

Verkauf Sonnabend:

Wurstwaren

- Plockwurst . . Pfund 2.60
- Zerelatwurst Pfd. 2.70
- Westfälische u. Thüring.
- Zerelat- u. Salamiwurst 2.90
- Landleberwurst Pfd. 2 M.
- Gekocht. Kabler in Stück, von etwa 1 Pfund, Pfd. 2.30
- Preßkopf in Stücken von etwa 1 Pfund . . Pfund 1.40

Geflügel

Verkauf Sonnabend

- Pommersche Bratgänse Pfund 1.60 1.80
- Pomm. Gänserümpfe Pfund 2 M.
- Rögenwalder Gänsepökelfleisch Pfd. 2 M.
- in Fässern etwa 150 Pfd., Pfd. 1.85
- Fette Mastputen . Pfund 1.90
- Fette Mastenten . Pfund 2.20
- Fette Hühner . . . Pfund 2.10
- Schneehühner St. 1.70 2.30
- Wildenten Stück 2.50
- Birkwild nur Leipziger Str.

Für Feldpost

- Hindenburg-Lamoe ^{auch als Kocher zu gebrauchen, mit 9 Ersatz-Wachspatronen . . .} 1.50
- Hand- u. Fusswärmer 45 Pf.
- Pfeifeu. Tabak ^{mit Tabakbeutel . . .} 95 Pf.
- Kaffee mit Milch leicht löslich Büchse 80 Pf.
- Tee-Tabletten Büchse, etwa 50 Stück . . . 60 Pf.
- Feldpostbriefe (500 g) mit Keks, Schokolade, Zigaretten, Sardinen . . . 1.45 1.75
- Verkauft außer Dienstag und Freitag:
- Landleberwurst Dose 2.40
- Fleischwurst . Dose 2.40
- Kraftfleisch . . Dose 1.70
- Bratwurst . . . Dose 1.60
- Sülze, Fleischsalat Dose 85 Pf.
- Feldpostbriefe mit Wurstwaren in versch. Preislagen

Ständiger Verkauf:

- Viandal Deutsche Kraftwürze, von vorzüglicher Qualität. (Allein-Verkauf für die Berliner Warenhäuser.) Töpfe per 1/4 1/2 3/4 1 Pfund 1.25 2.50 3.50 6 M.

Freitag soweit Vorrat:

Obst

- Rote EBäpfel . . . 2 Pfd. 35 Pf.
- Boskop-Aepfel . . . Pfd. 20 Pf.
- Apfelsinen Dtz. 55 u. 70 Pf.
- Zitronen Dutzend 55 Pf.
- Haselnüsse ^{runde lange} Pfd. 85 Pf. Pfd. 1 M.
- Kranzfeigen . . . Pfund 60 Pf.
- DelikateBfeigen . Pfund 1.30
- Tafelfeigen in Schachteln 65 Pf.
- Tafelfeigen in Körbchen 1.30

Gemüse

- Gr. Dauer-Maronen Pfd. 30 Pf.
- Chicoree Pfd. 15 Pf.
- Mohrrüben gewaschen Pfd. 8 Pf.
- Sellerie Knoße 10 15 20 Pf.
- Kohlrüben Pfund 5 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfund 15 Pf.

Freitag und Sonnabend:

Fische

- Seelachs in ganzen Fischen Pfd. 65 Pf.
- Brosmen (See-Aal-quappe) Pfd. 50 Pf.
- Nordsee-Lengfisch Pfd. 55 60 Pf.
- Klippfische . . Pfd. 60 Pf.
- Andere Seefische zu billigen Tagespreisen
- Lebende Forellen Nur Leipziger Straße
- Leb. Schleie . Pfd. 1.45
- Sardellen Pfd. 90 Pf. 1.60
- Isländ Kräuterheringe St. 40 Pf.
- Pa Fettheringe St. 15 20 Pf.
- Frische Heringe in Wein-Gelee, 4-Liter-Dose 5.50
- Strals. Bratheringe do. 5.50
- Geräuch. Oderaale Pfd. 3.20 3.60
- Rollmopse 4-Liter-Dose . . 5.50
- Mixed-Pickles Pfd. 65 Pf.
- Thüringer Sauerkohl Pfd. 15 Pf., Fass. etw. 220 Pfd. 30 M.

Käse

- Geheimratskäse für die Feldpost 1.90
- Vollfetter Edamer Käse in ganzen Kugeln Pfd. 1.90
- Echt. Emmenth. Kräuterkäse St. 25 Pf.

Disziplin, Partei und Fraktion.

Das Fremdwort Disziplin läßt sich schwerlich durch ein deutsches ebenso bezeichnendes Wort ersetzen. Unter Disziplin versteht man die Summe der Regeln, deren Befolgung erforderlich ist, um einer Organisation oder einer einem bestimmten Zweck dienenden Personalmehrheit die Erreichung des dieser Organisation obliegenden Zwecks zu ermöglichen. Die Disziplin diktiert die Maßregeln, an die der einzelne zur Durchführung des Zwecks der Organisation gebunden ist oder gebunden sein soll. Jede Organisation stellt die Forderung der Disziplin gegenüber dem einzelnen zur Erfüllung seiner der Organisation gegenüber bestehenden Pflicht auf. Am schärfsten tritt die Disziplin auf dem Gebiete der staatlichen und kirchlichen Organisation hervor. Da sprechen wir von einer Schuldisziplin, von einer Kirchenzucht, von einer militärischen Disziplin, von einer Beamten-Disziplin. Der Lehrer, der kirchliche Älteste, der militärische Vorgesetzte, der vorgeordnete Verwaltungsbeamte erhält die Mittel, die es ihm ermöglichen sollen, das der Schule, der Kirche, dem Militär geforderte Ziel zu erreichen. Sie oder eine obere Instanz befehlen, ordnen an, entscheiden. Ihnen hat sich der Untergebene zu beugen, er ist das Werkzeug des Befehlenden. Seiner Disziplinargewalt hat er sich zu beugen, er hat Disziplin zu üben, d. h. sich dem Willen, den Anordnungen des Vorgesetzten zu fügen, unbeschadet späterer Beschwerde an einen höheren Vorgesetzten oder an eine höhere Behörde. Am reinsten tritt dieser Begriff der Disziplin und der Disziplinargewalt bei den militärischen Organisationen in Erscheinung.

Ganz anders zeigt sich das Wesen der Disziplin und ihre Ausübung da, wo keine Zwangsorganisation, sondern eine auf dem freien Willen der zu ihr gehörigen Personen beruhende demokratische Organisation besteht. Hier herrscht nicht ein Führer, dem die einzelnen zu gehorchen, dem gegenüber sie Disziplin zu üben haben, sondern es herrscht der in dem Willen der Gesamtheit zum Ausdruck gelangte Wille der einzelnen. Bei den staatlichen Organisationen entscheidet ein Wille über diese, in den demokratischen Organisationen der Wille der Gesamtheit über den Willen des einzelnen, gleichviel welche Funktionen dieser innerhalb des Organismus ausübt. Nicht blinder Gehorsam auf Kommando von oben beherrscht die in den politischen Organisationen der Sozialdemokratie zusammengeschlossene Arbeiterklasse. Sie ist nicht der blind gehorchende, sondern der eigentlich Tätige. Ihre Interessen, ihr Wille ist das Entscheidende, nicht der Wille einzelner Personen, die auch als Führer immer nur das Werkzeug des Willens der Masse sein können. Die Generalversammlungen, in denen alle Mitglieder sich zusammensuchen können und ihren gemeinsamen Willen kundtun, und die Parteitage bilden das Organ der Organisation. Ist es praktisch notwendig, Delegierte zu den Generalversammlungen oder zu dem Parteitage zu entsenden, weil die Größe der Organisation es nicht anders gestattet, so muß doch immer der entscheidende Wille der Wille aller Mitglieder sein. Die Organisationsfreiheiten drehen sich wesentlich darum, welcher Weg der praktischste zum Ausdruck des Gemeinwillens, zur Bindung von unten nach oben ist. Auf dem demokratischen Prinzip der gleichmäßigen Teilnahme aller, an denen alle bindenden Entschlüsse beruht die Stärke, Einheit und Geschlossenheit der Partei. Ein jeder Genosse hat das Recht, seinen Willen innerhalb der Organisation zur Geltung zu bringen. Aus der Geltendmachung aller einzelnen Willensäußerungen erwächst der Gesamtwille, der sich in Beschlüssen der zuständigen Organe widerspiegelt. Die Parteitagebeschlüsse binden alle Genossen. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei wird durch das gemeinsame Ziel aller Parteigenossen und durch vollste Freiheit der Meinungsäußerung des einzelnen innerhalb des Parteiorganismus erreicht. Hat die Partei einen Beschluß gefaßt, so unterliegt auch er freier Kritik, aber er ist zu befolgen, denn der Zweck der Organisation, das gemeinsame Handeln der Partei, ist ohne Unterwerfung des Willens des einzelnen unter den der Gesamtheit nicht zu erreichen. Diese selbstverständliche Folge der demokratischen Parteiorganisation ist auch ausdrücklich auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 anerkannt. Dort heißt es:

Der Parteitag verlangt von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtpartei und den Anordnungen der Parteiorganisationen, solange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt, und in der Erkenntnis, daß eine Kampfpartei, wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und Unterwerfung übt. Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen und Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein jedem Parteigenossen zu gehörendes selbstverständliches Recht ist. Er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen.

Alle Parteigenossen, in erster Linie solche, die mit einem Auftrag der Gesamtpartei betraut sind, sind an die Beschlüsse der Parteitage gebunden. Die Aufrechterhaltung und Befolgung der Parteitagebeschlüsse ist ihre Pflicht.

II.

Wie ist das Verhältnis der Fraktion zur Partei? Die Mitglieder der parlamentarischen Fraktionen sind Beauftragte der Gesamtpartei. Das Programm der Partei und die Parteitagebeschlüsse sind für sie die Wegweiser zur Erfüllung ihrer Pflicht auf dem ihnen zugewiesenen Gebiet, das Interesse der Arbeiter und damit das der Gesamtheit zu fördern. Hierüber besteht in den ersten Jahrzehnten der Partei, auch während der sozialistischen Zeit, in der der Reichstagsfraktion über ihre parlamentarische Aufgabe hinaus zugleich die Vertretung der Partei oblag, nicht der geringste Zweifel. Mit Eifer wachte die Partei über ihr Recht der Kontrolle der einzelnen Abgeordneten und zog Abgeordnete wegen Disziplinbruch zur Verantwortung, die sich den Beschlüssen der Gesamtpartei nicht fügten. Von den Abgeordneten wurde mit Recht nicht nur die bloße Anerkennung des Parteiprogramms gefordert, sondern auch die direkte Betätigung der Parteizugehörigkeit. Es verlangte der Kongreß zu Kopenhagen im Jahre 1888 ausdrücklich:

Es sind nur solche Kandidaten aufzustellen, die unser Programm voll und ganz anerkennen und sich der Parteidisziplin unterordnen, indem sie sich verpflichten, an allen durch Gesamtbefehl der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen sich zu beteiligen.

Die Nichtbeachtung dieses Beschlusses führte zur Disziplinierung einzelner Abgeordneten. So wurde es abgelehnt, den Abgeordneten Rittinghausen wieder als Kandidaten aufzustellen, weil Rittinghausen sich geweigert hatte, sich dem angeführten Beschluß zu unterwerfen und in Konsequenz des-

selben einen Aufruf der Fraktion vom 20. April 1884 zu unterzeichnen, der im „Sozialdemokrat“ vom 23. Mai 1884 erschien und an unsere Parteigenossen in den Vereinigten Staaten unter Darlegung der politischen Lage sich mit einem Aufruf für Geldsammlungen richtete. Rittinghausen wurde im Wahlkampf 1884 dennoch von einer kleinen Gruppe aufgestellt und fiel gegen Schumacher durch. In den Flugblättern hatte Rittinghausen erklärt, er habe „triftige Gründe“ zur Nichtunterzeichnung des Aufrufs gehabt. Darauf erwiderte der „Sozialdemokrat“ am 30. Oktober 1884: „Die triftigen Gründe, weshalb Herr Rittinghausen seine Unterschrift unter dem Aufruf an die amerikanischen Genossen nicht hergeben wollte, sind Angstmeierei, Angstmeierei und noch einmal Angstmeierei. Und Angstmeierei war es auch, welche Herrn Rittinghausen von Kopenhagen fernzubleiben veranlaßte. Wir würden dies dem 70jährigen Mann verzeihen, wenn er zugleich einfühe, daß man mit solchem Defizit an Mut in so erster Zeit überall hingehört, nur nicht an die Spitze einer Partei, die von ihren Anhängern verlangt: Mut, Mut und abermals Mut.“

Der nächste Parteitag (zu St. Gallen 1887) befaßte sich abermals mit Disziplinbrüchen, die Abgeordnete durch Nichtbefolgung der Beschlüsse der Gesamtpartei begangen hatten, und zog hieraus Konsequenzen. Der Parteitag beschloß:

Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung über das Verhalten der Genossen aus, welche ohne triftigen Gründe der an sie ergangenen Aufforderung zur Unterzeichnung der Einberufung des Parteitags nicht nachgekommen sind, ferner spricht der Parteitag die sichere Erwartung aus, daß die Genossen diesen Persönlichkeiten eine Vertrauensstellung innerhalb der Partei nicht mehr übertragen werden.

Diese Resolution fand auf die Abgeordneten Geiser und Viced Anwendung.

Die Abstimmung für das Budget in einzelnen Landtagen gab in den letzten Jahrzehnten wiederholt dem Parteitag Veranlassung, gegen die Zustimmung zu dem Budget Stellung zu nehmen. Mit aller Entschiedenheit wurde dem widersprochen, daß die Abgeordneten als „Führer“ in den einzelnen Parlamenten aus tatsächlichen Erwägungen selbst zu bestimmen haben, ob das Budget zu verwerfen sei. Wiederholt mußte hier der Parteitag eingreifen, weil Abgeordnete trotz der Parteitagebeschlüsse fortgesetzt die Disziplin brachen. So beschäftigten sich mit dieser Angelegenheit die Parteitage zu Lübeck, zu Dresden, zu Rürnberg und zu Magdeburg (im Jahre 1910). In Magdeburg wurde beschlossen:

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Rürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reich wie in den Einzelstaaten fordern. ... Der Parteitag erklärt in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtages eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagebeschlüsse und eine schwere Verletzung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagebeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann. Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtage das Budget bewilligt haben, die allerhöchste Mißbilligung aus.

Nur vor der Annahme dieser Resolution — für dieselbe stimmten 280, gegen dieselbe 80 Parteitagmitglieder — gab Genosse Frank in seinem Schlusswort für die fälschlichen Disziplinbrecher eine Erklärung ab, die als das Bekenntnis, auch künftig die Disziplin brechen zu wollen, aufgefaßt wurde. Darauf gab der Parteitag mit 228 gegen 64 Stimmen folgendem Antrag seine Zustimmung:

Angeichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlusswort: „Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist eine Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe“, beantragen wir, den nachstehenden Satz, den der Genosse Vebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben: „Wir sind der Meinung, daß, wenn die Resolution des Parteivorstandes angenommen ist und wenn abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind.“

Interessant ist, daß unter den Genossen, die gegen die Mißbilligung des Disziplinbruchs stimmten, sich abgesehen vom Genossen Edmund Fischer, ausschließlich Abgeordnete der jetzigen Fraktionsmehrheit befanden, so Binder, Böhm, Weg, David, Frank, Göhre, Heine, Hildenbrand, Keil, Reus, Quessel, Schmitt-Rünchen, Süßem, Ulrich, Koße, Sachse, Schöpslin, Silberstein. Wegen den Passus, der sich gegen die Erklärung im Schlusswort wendete, stimmten u. a.: Dieb, Richard Fischer, Fischer-Hannover, Stolten, Thiele. 23 Mitglieder der Mehrheit der jetzigen Reichstagsfraktion stimmten also gegen die Mißbilligung des vom Parteitag aufs schärfste verurteilten Disziplinbruchs.

III.

Es ergibt sich also aus dem Wesen der Demokratie, aus der Stellung der Abgeordneten als Beauftragte der Wahlkreise und der Gesamtpartei und aus der Parteigeschichte, daß nach dem Willen der Gesamtpartei die einzelnen Abgeordneten verpflichtet sind, für das Programm und für die Parteitagebeschlüsse einzutreten und sich in deren Sinn zu betätigen. Disziplinwidrig handelt jeder Abgeordnete, der hiergegen verstößt. Der Disziplinbruch wird dadurch natürlich nicht gemildert, daß auch andere Abgeordnete den gleichen Disziplinbruch begangen haben.

Aber, wendet man ein, bezieht denn nicht auch ein Abgeordneter Disziplinbruch, der sich dem Beschluß seiner Fraktion nicht fügt, wenngleich dieser Beschluß gegen einen Parteitagebeschlusse oder gegen das Programm sich richtet? Diese Frage ist auf das Entscheidende zu verneinen, wenn man nicht die Einheit und Geschlossenheit der Partei auf Spiel setzen will. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei wird durch die Gesamtpartei und die Befolgung der Beschlüsse derselben, nicht durch gemeinsames Aufsehen einzelner Parteifunktionäre gegen Parteitagebeschlüsse gefördert. Die Fraktion ist nicht die Partei, sondern eine Zusammenfassung von Parteifunktionären, die die Pflicht haben, ihre Aufgabe gemäß den Beschlüssen der Gesamtpartei zu erfüllen. Eine demokratische Organisation würde einen Freibrief für Disziplinbruch ausstellen, wenn sie durch die Forderung, eine Fraktion müsse geschlossen stimmen,

den einzelnen Abgeordneten von seiner Verantwortung vor den Parteianhängern befreite.

So wünschenswert es ist, daß eine Fraktion einseitlich und geschlossen stimmt, so wenig hat das mit der Parteidisziplin zu tun und so wenig läßt sich dies Ziel durch das rein mechanische Mittel einer Vorbeschlusse, geschlossen stimmen zu müssen, erreichen. Mit gutem Recht haben entgegen der unrichtigen Behauptung, die Parteimitglieder im Sinne der Fraktionsmehrheit aufstellen, die Parteitage stets ein solches Ansinnen zurückgewiesen, weil die Einheit und Geschlossenheit der Partei weit höher steht als ein zwangswises gemeinsames Auftreten der Abgeordneten. Pflicht der einzelnen Mitglieder der Fraktion ist es, in erster Linie das Parteiprogramm und die Parteitagebeschlüsse zu achten. Diese verlesen, heißt ihre Pflicht verletzen und disziplinwidrig handeln. Sache der Fraktionsmitglieder ist es, einen gemeinsamen Weg zu finden, der gestattet, grundsätzlich richtig und doch unter Beachtung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. In diesem Sinne haben sich Parteitage ausgesprochen. Es ist eins der hohen Verdienste unserer Genossen Vebel und Singer, daß sie es verstanden haben, trotz der lebhaftesten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion ein geschlossenes Vorgehen zu ermöglichen. Erste, unbedingbare Voraussetzung zur Erfüllung dieser Parteilaufgabe war für sie die unbedingte freieste Meinungsäußerung innerhalb und außerhalb der Fraktion. Beide haben in den Fraktionen, denen sie angehörten, mit unbeugbarer Entschlossenheit darauf gehalten, daß innerhalb der Fraktion ein Schluß einer sachlichen Debatte unzulässig war und daß auch außerhalb der Fraktion die Freiheit der Meinungsäußerung jedem Genossen und insbesondere der Presse gerade in den Fällen, wo sie sich gegen die Mehrheit der Fraktion wendete, gewahrt werde. Wer die Schrift Vebels „Aus meinem Leben“ durchliest, wird dies Streben auch aus dieser Schrift erkennen. So sagt Vebel (III, S. 222), nachdem er von den Reibungen und Meinungskämpfen innerhalb der Partei während der Sozialistengesetze gesprochen hat: „Solche Meinungskämpfe sind in der Sozialdemokratie vorgekommen, solange sie besteht, und sie werden bleiben, solange die Partei lebt, dabei allerdings nach den Umständen ihren Charakter ändern. Sollen aber solche Meinungskämpfe innerhalb einer Partei zu ihrem Nutzen verlaufen, so ist die erste Bedingung eine freie Aussprache der Meinungen, die einen Ausgleich der gegensätzlichen Auffassungen herbeiführen kann. An der Möglichkeit einer solchen Aussprache, die Lebenslust für eine demokratische Partei ist, sollte es aber unter dem Sozialistengesetz in hohem Grade.“ Vebel weist dann darauf hin, daß die Kongresse nur in langen Pausenräumen stattfinden konnten und daß die Presse gebunden war, so erklärte es sich, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Partei zeitweilig einen unangenehmen Charakter annahmen und auf beiden Seiten zeitweilig der Glaube entstand, es werde zu einer Spaltung kommen.

Zum Ausgleich der Gegensätze innerhalb der Fraktion wurde bis in die letzte Session hinein vollste Meinungsfreiheit innerhalb der Fraktion gewährt und beiden Richtungen für Kommission und für das Plenum Vorkämpfer gegeben. Dem Gegner gegenüber trat selbstverständlich die Fraktion infolge Ausgleich der Gegensätze scheinbar geschlossen entgegen. Jede Richtung hatte die Möglichkeit, ihre Meinung auszusprechen zu lassen: so war die wünschenswerte Möglichkeit des geschlossenen Vorgehens im Kampf gegen die Gegner gegeben. Es beruhte keineswegs auf einem Beschluß, sondern auf freiem Uebereinkommen der Fraktionsmitglieder. Das ist jetzt anders geworden.

IV.

Wollig zu Unrecht wird in den Blättern, die die Ansicht der Mehrheit der Fraktion vertreten, und von der Fraktionsmehrheit behauptet, in dem durch die Verhältnisse der Minderheit aufgezwungenen Vorgehen liege ein Disziplinbruch, weil sie als Minderheit sich der Mehrheit nicht unterworfen habe. Es ist durchaus falsch, daß der Abgeordnete sich dem Beschluß seiner Kollegen zu beugen habe, sofern nach seinem Gewissen und seiner Ueberzeugung das Vorgehen der Mehrheit mit den Parteitagebeschlüssen und der durch die Parteitagebeschlüsse den Abgeordneten auferlegten Pflicht zuwider ist. Im Februar des vorigen Jahres hat die jetzige Fraktion einen Beschluß gefaßt, der eine Gemeinsamkeit des Vorgehens von allen Fraktionsmitgliedern verlangt. Aber bei Fassung des Beschlusses ist anerkannt, daß nicht die Fraktion, sondern nur der Parteitag eine Richtschnur aufstellen könne, die Beschlüsse sollten dem nächsten Parteitag zur Sanktion vorgelegt werden. Der Parteitag wird, wenn er seiner bisherigen Praxis nicht widerspricht, und wenn er nicht die Kontrolle der Genossen über das Verhalten der Fraktionsmitglieder aufgeben will, uneingeschränkt die Sanktion nicht erteilen.

Unrichtig ist die Behauptung, Parteitage hätten je beschlossen, die Fraktionsmitglieder sollten gemeinsam stimmen. Allerdings ist wiederholt versucht worden, den Parteitag zu einem solchen Vorgehen zu veranlassen, die Parteitage haben aber stets ein solches Ansinnen zurückgewiesen. Auf dem Parteitag zu Gotha im Jahre 1876 beantragte Mollenhuth, die Abgeordneten aufzufordern, bei jeder Frage ihre Stimme einseitlich nach dem Majoritätsbeschluß der Fraktion abzugeben. Der Antrag wurde abgelehnt, nach dem Genossen dargestellt hatten, die persönliche Ueberzeugung der Abgeordneten dürfe nicht verwirkt werden, die Haltung der einzelnen müsse man kennen. Auf demselben Parteitag sollte ein Scherbenegericht über Vebel und Viehnecht abgehalten werden, weil sie entgegen Hofenecker dem Antrag Schulze-Dellich auf Gewährung von Diäten nicht zugestimmt, sondern sich der Stimme enthalten hatten. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch später, auf den Parteitag zu Gotha 1877 und Witten 1880, wurde versucht, Abgeordnete zur Rechenschaft zu ziehen, weil sie verschiedenartig gestimmt hatten. So hatte Kayser für die Eisenhölle, Wos und Demmer dagegen gestimmt, ähnlich war es 1879. Die Parteitage lehnten es ab, einen Tadel auszusprechen. Auch lehnten sie ein wiederholtes Ansinnen eines Fraktionszwanges ab. Sie wiesen die Fraktion darauf hin, durch prinzipielles Auftreten den richtigen Weg in den Fällen zu finden, wo Parteiprogramm und Parteitagebeschlüsse sie im Stich ließen. Auch später, so z. B. im Jahre 1884 wegen der Juppfrage, in der die Fraktion gespalten stimmte, beschäftigte sich der Parteitag mit der Frage des Fraktionszwanges. Die kritische Frage, ob Juppgegnerische sozialdemokratische Pflicht sei, wollten eine Anzahl Genossen bejaht wissen. Ihr Antrag wurde in Frankfurt mit 108 gegen 8 Stimmen, in Stuttgart im Jahre 1898 ohne namentliche Abstimmung abgelehnt. Die Frage eines Fraktionszwanges wurde später auf dem Parteitag zu Leipzig im Jahre 1900 durch einen Antrag München 1 und 2 wieder angeregt. Der Antrag ging dahin: Nachdem durch die Parteipresse bekannt geworden ist, daß in der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Finanzreform in Bo-

ziehung auf die Erbschaftsteuer in der eventuellen dritten Lesung eine Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion eingetreten wäre, beauftragt die heutige Versammlung die Delegierten des sozialdemokratischen Vereins München für die Wahlkreise München 1 und 2, dafür einzutreten, daß sich jeder sozialdemokratische Abgeordnete unbedingt und unter allen Umständen den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen hat." Der Antrag wurde, ohne daß er begründet war, zurückgezogen. In der Debatte über die parlamentarische Tätigkeit sprach Stadthagen sein Bedauern darüber aus, daß der Antrag zurückgezogen sei, es sei ganz selbstverständlich, daß in der Fraktion wie in jeder demokratischen Gesellschaft die Minderheit sich der Mehrheit unterzuordnen hat, natürlich unter Aufrechterhaltung der Parteitagbeschlüsse.

V.

Aus der Uebersicht über die Verhandlung dieser Frage auf den Parteitagen ergibt sich als Ansicht der Gesamtpartei, daß die Abgeordneten lediglich den Parteitagbeschlüssen zu folgen haben. Eine Unterwerfung unter die Beschlüsse der Fraktion würde das Kontrollrecht der Gesamtpartei beseitigen und die Führer aus Werkzeugen der Masse zu Vorgesetzten der Masse machen. Das wäre die schwerste Beeinträchtigung der Einheit und Geschlossenheit der Partei und eine Untergrabung ihres demokratischen Charakters. Da, wo es sich um das Auftreten gegen den Gegner handelt, ist es selbstverständlich, daß die Fraktion geschlossen auftritt. Das ist im Interesse der Stärkung der Aktion durchaus wünschenswert, hat aber mit Disziplin nichts zu tun. Voraussetzung einheitlichen Vorgehens ist vor allem, daß die Minderheit volle Meinungsfreiheit erhält. Ist die Freiheit der Meinungsäußerung durch Schuld oder ohne Schuld der Fraktionsmitglieder beeinträchtigt, so muß es dem Gewissen der einzelnen Abgeordneten überlassen bleiben, wie sie vorgehen wollen. Sie dürfen ihre Pflicht, das ihnen übertragene Mandat auszuüben, nicht verletzen noch verletzen lassen. Eine solche Verletzung liegt aber vor, wenn ihnen unmöglich gemacht wird, ihre Abstimmung zu begründen. Will das schon für gewöhnliche Zeiten, so erst recht unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen.

Politische Uebersicht.

Vom Landtag.

Der preussische Landtag wird sicherem Vernehmen nach am Donnerstag, den 13. Januar, mittags 12 Uhr, durch eine Thronrede eröffnet werden. Allerdings ist die königliche Verordnung zur Einberufung noch nicht veröffentlicht, aber man darf wohl annehmen, daß die Veröffentlichung in diesen Tagen erfolgt. Nach der Verfassung muß der Landtag mindestens bis Mitte Januar einberufen sein. Im Anschluß an die gemeinschaftliche Eröffnungssitzung wird das Abgeordnetenhaus eine geschäftliche Sitzung abhalten, in der der Finanzminister den Etat und etwaige sonstige Regierungsvorlagen einbringen wird. Der Freitag soll für die Beratungen der Fraktionen frei bleiben. Am Sonnabend soll dann unmittelbar im Anschluß an die Konstituierung des Hauses die erste Lesung des Etats beginnen. Voraussichtlich wird die erste Lesung nur diesen einen Tag in Anspruch nehmen, sodas die Budgetkommission bereits zu Beginn der nächsten Woche ihre Arbeiten aufnehmen kann.

Die neuen Lasten.

Die Frage, wie die neuen Steuern aufzubringen sein werden, beschäftigt bereits alle Parteien sehr lebhaft. Aber gerade in dieser Frage zeigt sich, daß die bürgerlichen Parteien keineswegs daran denken irgendwie „umzulernen“. Ihr Steuerprogramm bleibt im Prinzip das alte, ohne Rücksicht darauf, daß die Verwirklichung dieses Programms angesichts der durch den Krieg verschobenen Einkommensverhältnisse eine noch größere Belastung der unteren Volksschichten herbeiführen muß. Die indirekten Steuern sollen keineswegs, wie unsere Partei es seit jeher fordert, aufgehoben oder wenigstens ermäßigt werden. Vielmehr tragen sich die bürgerlichen Parteien mit Plänen, zur möglichsten Vermeidung direkter Steuern die indirekte Belastung noch zu erhöhen. Neben anderen hier bereits erwähnten Neuerungen verdient heute die des Freiherrn von Zedlitz festgehalten zu werden.

Was zunächst die wichtige Frage der Getreidezölle anbetrifft, so spricht sich der freikonserervative Abgeordnete schroff gegen jede Ermäßigung aus:

„Wenn in dieser Presse und auch anderwärts ausgeführt wird, von einer Wiedereinführung der Agrarzölle in der alten Höhe werde wegen des andauernd hohen Standes der Weltmarktpreise nicht sichtlich die Rede sein können, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die Erfahrungen dieses Krieges mehr denn je den Beweis von der Notwendigkeit wirksamen Schutzes unserer Landwirtschaft erbracht haben. Soweit es sich um den Hauptposten, die Getreidezölle handelt, ist übrigens die Erörterung vielleicht ja überhaupt gegenstandslos. Schon um in dem Wirtschaftskriege, der sicher allem Anschein nach über den Kampf mit den Kanonen hinaus dauern wird, eine wirksame Waffe zu haben, verdient die Einfuhr eines Getreideeinfuhrmonopols ernste Erwägung.“

Die Erfahrungen des Krieges sprechen natürlich gerade für die Aufhebung: der hohe Weltmarktpreis macht einen weiteren Schutz der Landwirtschaft durch Zölle unnötiger als je, und die Aufrechterhaltung der Getreidezölle kann spätere Zollkämpfe gegen das Ausland hervorruufen und nicht unsere Position dabei stärken.

Unter den Maßnahmen zur Hebung der Steuererträge empfiehlt Zedlitz Verkehrsabgaben und Erhöhung der Steuern auf Genussmittel:

„Was die Quellen für diese Mehreinnahmen anlangt, so werden nach den Grundrissen weitestgehender Finanzpolitik neue reiche Einnahmequellen wohl nicht schon jetzt angezapft, sondern für den doch wahrscheinlichen Fall reserviert werden, daß ein Teil der Kriegskosten, insbesondere der indirekten, zur Last bleibt. Dies gilt namentlich, wenn auch keineswegs allein von den Monopolen. Selbst das Zigarettenmonopol, das doch sicher kommt, scheint vorbehalten zu sein, man will sich vorerst mit einem Steuerzuschlag behelfen. Dem Vernehmen nach ist in der Sommerbesprechung des Reichshausparlamentes mit den Finanzministern der Bundesstaaten die Inanspruchnahme der indirekten Landessteuern, soweit sie nicht die Natur von Gebühren haben, für das Reich vereinbart worden. Ob diese Maßnahme schon jetzt oder erst bei der endgültigen Ordnung des Reichshaushalts Platz greifen wird, ist noch nicht ersichtlich. Im übrigen wird es sich hiernach in der Hauptsache darum handeln, aus den bestehenden Steuern auf Genussmittel und den Verkehrsabgaben die nötigen Mehreinnahmen zu gewinnen.“

Natürlich wird das nur vorübergehend ausreichen; denn was könnte z. B. die von Zedlitz erwähnte Erhöhung der Telegraphengebühren einbringen! Für die Zeit nach dem Kriege will nun aber Zedlitz auch nicht etwa „seine“ Handelsmonopole

empfehlen, sondern ein Zwischending von Handelsmonopol. Vor Fabrikationsmonopolen in eigener Regie des Reiches schreckt er vielmehr zurück. D. h. die Produzenten würden nach wie vor ihr Schicksal ins Trockene bringen können und das Reich würde dann noch einen Aufschlag zu Lasten der Konsumenten machen.

Solange nicht einige bürgerliche Parteien derartigen Plänen schroff entgegenreten, wird sich die vom „Berliner Tageblatt“ so gefühlvoll beklagte Scheidung in „bürgerliche Mehrheit“ und Sozialdemokratie nicht vermeiden lassen.

Keine Teuerungssammlungen mehr.

In der Provinz Sachsen wurden schon in den Wochen vor Weihnachten einige Teuerungssammlungen nicht mehr genehmigt. Jetzt hat eine Polizeibehörde mitgeteilt, daß auf Anweisung des Oberpräsidenten Teuerungssammlungen überhaupt nicht mehr genehmigt werden. Die Verfügung scheint für ganz Preußen durchgeführt worden zu sein; ob auch in den anderen Bundesstaaten, ist nicht festzustellen.

Eine Einschränkung des badischen Diätengesetzes.

Von Abgeordneten aller Parteien der II. badischen Kammer ist ein Gesetzentwurf zur Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten eingereicht worden. Er bezweckt die Einstellung der Diätenauszahlung von dem Zeitpunkte an, an welchem die Tagung des ordentlichen Landtages 1915/16 endigt. Da dies wahrscheinlich schon Ende Februar der Fall sein kann, würde am ersten März letztmals ein Anteil der Aufwandsentschädigung zur Auszahlung kommen. Nach dem Gesetz vom 31. Januar 1910 wäre sonst etwa der doppelte Betrag (3000 M. für nicht in Karlsruhe wohnende Abgeordnete) berechnet worden. Als Belohnung für diese Verzichtleistung auf die Diätenhälfte soll den Abgeordneten das Recht der freien Eisenbahnfahrt auch noch nach Landtags-Schluss bis zu dem Zeitpunkt gewährt werden, an dem die Regierung erklärt, daß von der Einberufung eines außerordentlichen Landtages Abstand genommen werden kann.

Sparbarkeit in den Gemeinden.

Der Finanzminister und der Minister des Innern in Preußen haben eine Verfügung an die Regierungspräsidenten hinausgegeben, in der anerkannt wird, daß die Gemeinden in den verflochtenen Kriegsmoenten ihre Pflichten voll erfüllt haben. Weiter wird dann bemerkt: „Man darf trotzdem nicht verkennen, daß den Gemeinden noch längere Zeit nach dem Kriege sehr erhebliche dauernde Lasten erwachsen werden. Trotzdem darf der Geldmarkt ungeachtet seiner günstigen Fassung nicht zu sehr von den Gemeinden in Anspruch genommen werden. Es muß deshalb die allergrößte Sparbarkeit und Zurückhaltung in den nicht unbedingt notwendigen und dringlichen Aufgaben geübt werden. Besonders gilt dies für Arbeiten und Veranstaltungen, die die Steuern und die Schuldenlast zu erhöhen geeignet sind. Häufig wird die Ausführung von Gemeindebeschüssen aus der Zeit des Friedens zurückgestellt werden können. Für die Ausführung öffentlicher Arbeiten ist die Ursache der Arbeitslosigkeit, wo diese galt, weggefallen. Wo öffentliche Arbeiten einen längeren Aufschub vertragen können, aber schon während des Krieges vorgenommen werden, würden sie nach Schluss des Krieges fehlen. Die Gemeinden könnten dann dem Arbeitsangebot der zurückströmenden Krieger nicht durch Vornahme öffentlicher Arbeiten in hinreichendem Maße entsprechen. Es sind also schon jetzt Maßnahmen erforderlich, um einer Arbeitslosigkeit nach dem Kriege entgegenzutreten und vorzubeugen.“

Verwendungsverbot für Öle.

Der Bundesrat hat am 6. Januar eine Verordnung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken erlassen. Die Verordnung bezweckt, in Ergänzung bereits ergangener Verordnungen die Verarbeitung der für menschliche Ernährung in Betracht kommenden Öle und Fette zu technischen Zwecken zu beschränken.

Parteispaltung.

Genosse Haenisch ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

Im Leitartikel der Nr. 5 des „Vorwärts“ vom 6. Januar „Parteispaltung“ werden einige Bemerkungen, die ich vor längerer Zeit über die Lage der Partei gemacht habe, auf eine Stufe gestellt mit dem kürzlich vom Genossen Kühle ausgehenden Aufruf zur Parteispaltung. Ich werde da als eine Art Rühle von rechts hingestellt.

Diesem Vergleich muß ich dankend ablehnen. Es ist mir niemals und nirgends eingefallen, wie Kühle es getan hat, zur Parteispaltung aufzufordern und sie als ein von Tausenden von Genossen heiß ersehntes Ziel hinzustellen. Was ich getan habe, war etwas ganz anderes: ich habe schon damals, vor ungefähr einem Dreivierteljahr, mit lebhaftem Bedauern darauf hingewiesen, daß es vielleicht zu der Abspaltung von einer kleinen Gruppe auf der sogenannten linken Seite der Partei kommen werde. Ich kam zu dieser Auffassung, die mich, wie gesagt, ganz im Gegensatz zu Kühle, keineswegs froh stimmte, besonders auf Grund der Verhandlungen in unserer preussischen Landtagsfraktion. Unter dem frischen Eindruck dieser Verhandlungen schrieb ich in einer der Verteidigung Parabelsummen dienenden Notiz im „Vorwärts“ (Nr. 59 vom 28. Februar 1915) den Satz nieder:

„Gerade weil wir, auf beiden Seiten wohl, allmählich zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß in der Sache selbst die Wahrscheinlichkeit einer Versöhnung immer mehr schwindet, gerade deshalb sollten wir uns durch solche persönlichen Angriffe das Leben nicht ganz überflüssigerweise noch saurer machen als es sowieso schon ist.“

Das klingt doch, weiß Gott, nicht nach einer frohen Begrüßung einer Parteispaltung! Trotzdem wurden diese Bemerkungen schon damals gegen mich ausgenutzt. Dem trat ich im Leitartikel des „Hamburger Echo“ vom 18. März („Ein Nachwort zu den Landtagsverhandlungen I“) mit einigen Sätzen entgegen. Um Legendenbildungen, wie sie sich aus den neuen Behauptungen des „Vorwärts“ entwickeln könnten, vorzubeugen, bitte ich um die Erlaubnis, das damals dort Gesagte hier wiederholen zu dürfen:

„... Herr von Gerlach in der „Welt am Montag“ und auch die „Frankfurter Tagespost“ (Nr. 58) scheinen anzunehmen, ich hätte mit diesen Worten die bevorstehende Spaltung der Arbeiterbewegung ankündigen wollen. Kein Gedanke hat mir ferner gelegen als dieser. So sehr wie jeder andere Genosse bin auch ich durchdrungen von der absoluten Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterbewegung, gerade in den auf den Krieg folgenden Zeiten. Diese Tage werden uns vor ungeheure Aufgaben wirtschaftlicher, politischer und nicht zum wenigsten auch propagandistischer Art stellen, daß jeder Gedanke an eine Spaltung ein wahrhaftiges Verbrechen wäre. Das habe ich in allen Versammlungen, die ich seit Kriegsbeginn abgehalten habe, mit ganz besonderem Nachdruck hervorgehoben. Und in dieser Beziehung ist mir auch

durchaus nicht bange: die ehrene Logik der Tatsachen wird der Arbeiterbewegung schon die allein richtigen, die allein möglichen Wege weisen, genau wie ihr die eiserne Notwendigkeit seit dem 4. August klar und eindeutig den Weg gewiesen hat. Nein — die Arbeiterbewegung wird ihren Weg gehen, trotz des Freiherren von Zedlitz und der preussischen Minister auf der einen und trotz der Richtung Liebknecht auf der anderen Seite! Was ich bei meiner Wendung im „Vorwärts“ im Auge hatte, war nicht die Unwahrscheinlichkeit einer Versöhnung innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern nur die schwindende Wahrscheinlichkeit einer Verständigung zwischen der Arbeiterbewegung und der Gruppe Liebknecht!“

In einem Punkt habe ich mich damals geirrt, das sei offen zugegeben. Ich habe nicht vorausgesehen, daß unter dem Einfluß der langen Kriegsdauer und mancher anderen Umstände die „Richtung Liebknecht“ wenigstens zeitweilig zu einer — höchst unheilvollen — Macht innerhalb der Arbeiterbewegung gelangen würde. Aber davon abgesehen: jeder unbefangene Leser wird ohne weiteres einsehen, daß das, was ich vor neun Monaten geschrieben habe, etwas ganz anderes ist als das, was heute, von der anderen Seite her, der Genosse Kühle propagiert.

Konrad Haenisch.

Da Genosse Haenisch Wert auf diese Erklärung legt, nehmen wir keinen Anstand, sie sofort und unverfälscht zum Abdruck zu bringen.

Unsere Gegenbemerkungen können sehr kurz sein, da Haenisch ja in der Sache nur unsere Darstellung bestätigt. Daß er die „Liebknecht-Gruppe“, wie Haenisch die auf dem Boden der bisherigen Parteigrundsätze verharrende Richtung kurzerhand taufte, aus der Partei entfernt wissen wollte, vermag er natürlich nicht zu bestreiten. Nur will er diese „Spaltung“ nicht mit einem heiteren, sondern einem nassen Auge ersehen haben. Auf diese ja menschlich sehr adäquate Gemütsregung kommt es doch aber wirklich nicht an. Genug damit, daß er eine reinliche und schmerzlose Scheidung für ebenso notwendig hielt, wie Genosse Kühle auf der anderen Seite und vom umgekehrten Standpunkt aus.

Interessant ist freilich Haenischs Eingeständnis seiner „Interna“. Haenisch rechnete weder mit einer so langen Kriegsdauer noch mit dem Erstarken der Opposition zu einer „Macht“. Das eben war und ist das politische Wesen Haenischs, daß er seit seinem großen Umlernen zum Illusionspolitiker geworden ist!

Aus der Partei.

Erklärung.

Der Genosse Haase verläßt den klaren Sachverhalt, wie er sich aus unserer übereinstimmenden Erinnerung und aus sofort niedergeschriebenen Notizen ergibt, zu verschleiern. Er behauptet, nur gesagt zu haben, er werde die Erklärung der Minderheit nicht verlesen.

Wir stellen demgegenüber fest, daß Haase, genau wie dem Plenum der Fraktion ohne Widerspruch seinerseits berichtet wurde, in der Vorstandssitzung am 17. Dezember erklärte, er werde die Sonderaktion nicht mitmachen. Das ist das allein Entscheidende. Erst am 20. Dezember, als Haase seinen Entschluß, sich an der Sonderaktion doch zu beteiligen, mitteilte, fügte er hinzu, daß er aber die Erklärung nicht selbst verlesen werde.

Berlin, 6. Januar 1915.

Der Fraktionsvorstand.

David Ebert. A. Fischer. Wolfenbuter. Scheidemann.

Ich beabsichtige nicht, Erklärung auf Erklärung zu pflöpfen. Abschließend bemerke ich nur, daß der von mir angegebene Wortlaut von mir sofort schriftlich fixiert worden ist. Es steht also Niederschrift gegen Niederschrift. Während ich jedoch den Anderen sofort den guten Glauben zubilligte, sprechen diese von einem Verschleierversuch. Das wirft ein Licht nicht nur auf die Verschiedenheit der polemischen Sitten, sondern zeigt wohl auch jedem Urteilsfähigen, wo das Recht liegt.

Haase.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Der Zentralvorstand der Grob-Berliner Parteiorganisationen, das ist die Vertretung der sechs Berliner Wahlkreise und der Wahlkreise Teltow-Beestow und Nieder-Barrnin, hat am Mittwoch mit 41 gegen 17 Stimmen folgende Entschliebung angenommen:

„Der Zentralvorstand billigt die von der Fraktionsminderheit im Reichstag abgegebene Erklärung und bedauert, daß nicht die gesamte Fraktion diese Erklärung abgegeben hat.“

Das Vorgehen der zur Minderheit gehörenden Abgeordneten entspricht der ihnen durch ihr Mandat auferlegten Parteipflicht. Es enthält keineswegs einen Disziplinbruch und ist geeignet, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu fördern.

Der Vertreter Grob-Berlins wird beauftragt, im Parteiausschuß im Sinne dieses Beschlusses zu wirken.“

Der erweiterte Bezirksvorstand der Partei für den Regierungsbezirk Halle-Merseburg nahm nach einem Referat und Konreferat der Reichstagsabgeordneten Genossen Tziels und Kunert und eingehender Aussprache mit 12 gegen 4 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen folgende Resolution an:

Der Bezirksvorstand Halle-Merseburg erklät in der Erklärung der 20 von der Minderheit der Fraktion im Beschlusse zu den klaren sozialistischen Grundrissen und eine Wiederaufnahme des ... im Reichstoge.

Die Ablehnung der Kriegskredite durch die 20 steht in keinem Widerspruch zu irgend einem Parteitagbeschlusse, entspricht im Gegenteil durchaus dem Sinne und Geiste aller Parteitagbeschlüsse zur sozialistischen Taktik und Parteigrundfähigkeit.

In dem Verstoß der 20 gegen den Mehrheitsbeschlus der Fraktion kann die Gefahr einer Spaltung der Partei nicht erblickt werden, da die vom Kriege stürmisch geforderte imperialistisch-imperialistische Entwicklung auch die Mehrheit der Parteiberterer wieder zur klaren sozialistischen ... taktik zurückführen wird und muß.

Die Sitzung nahm gleichzeitig zu der bevorstehenden Tagung des Parteiausschusses Stellung. Mit 17 gegen 3 Stimmen wurde folgende Erklärung angenommen:

Das Sonderborgehen der 20 wird durch den heutigen Ausnahmezustand begründet und verständlich. Da allein der Parteitag darüber entscheiden kann, hat der Parteiausschuß keine Entscheidung zu fällen.

Der Kreisvorstand für Halle-Merseleben veröffentlichte einen Aufruf, der ein dringendes Mahnruf zur Einheit genannt werden kann. Es heißt darin: „Es gibt leider sogenannte Parteigenossen, die die tatsächlichen Verhältnisse völlig verkennend, auf eine Spaltung der Partei hinarbeiten. Ein solches Beginnen ist um so verwerflicher, als bei den gewaltigen Aufgaben, die der Partei in naher Zukunft bevorstehen und die alle bisherigen Aufgaben weit in den Schatten stellen werden, nichts notwendiger ist als die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Ein Parteigenosse, sei seine Stellung noch so hoch und sein Name bisher noch so sehr geachtet, der in diesem kritischen Moment an der Spaltung der Partei mitwirkt, sei es direkt, sei es indirekt, verläßt sich auf das allerhöchste nicht nur an der Partei, sondern an der ge-

saften Arbeiterkraft, für die die sozialdemokratische Partei die schweren Kämpfe zu führen hat."

Der Bezirksausschuß Magdeburg-Anhalt hat sich in einer Sitzung mit den Vorgängen im Reichstage beschäftigt und beschlossen, die von der Opposition im Plenum des Reichstages vollzogene Spaltung zu mißbilligen, und die Bewilligung der letzten Kredite als im Interesse des deutschen Volkes liegend zu erachten. Bedauernd wird, daß die Bewilligung nicht einstimmig erfolgt ist.

Erwartet wird, daß Parteiausschuß und -vorstand ein Organ schaffe, das in dieser schwersten Zeit die politischen Interessen der Partei in der Öffentlichkeit vertritt, da die Partei eines autorisierten Zentralkomitees nicht entbehren kann. Der "Vorwärts" habe nicht nur völlig versagt, sondern alles getan, um die von der Fraktionsmehrheit festgelegte Kriegspolitik zu hinterreiben.

Ferner wird, "angeichts der verwirrenden Geheimnagitation und der offen erhobenen Aufforderung zur Spaltung der Partei", die sofortige Einberufung des Parteitagess zur Klärung der inneren Parteifragen gefordert.

Die Bezirkskommission für das westliche Westfalen hielt eine Gesamtsitzung ab, um Stellung zu nehmen zu der gegenwärtigen Situation innerhalb der Partei. Nach eingehender Beratung wurde folgende Entschliessung einstimmig gefaßt:

"Die Bezirksvertretung steht wie bisher auf dem Standpunkte der Mehrheit der Reichstagsfraktion und hält die Bewilligung der Kriegskredite in der jetzigen Kriegslage für geboten. Sie bedauert lebhaft, daß sich eine große Minderheit durch falsche Voraussetzungen oder Schlussfolgerungen leiten ließ, der Kreditvorlage ablehnend gegenüber zu stehen. Ganz entschieden verurteilt sie aber das Vorgehen der zwanzig Mann der Minderheit, weil deren Disziplinbruch unheilvolle Folgen für die Arbeiterbewegung nach sich ziehen kann. Der Fall „Mühle“ ist der erste aber auch schlagendste Beweis dafür.

Die Bezirksvertretung fordert die leitenden Parteinstanzen auf, unverzüglich geeignete und energische Schritte zu unternehmen, um die weitere Tätigkeit Mühles, die rücksichtslos auf Parteispaltung hinarbeitet, innerhalb der Organisation unmöglich zu machen."

Die Redner betonten ferner einmütig die dringende Notwendigkeit des bestimmtem Eingreifens der Parteinstanzen in Beziehung auf die unhaltbaren Parteizustände, die sich ergeben aus dem Verhalten des Parteivorstandes, dem Verhältnis des "Vorwärts" zum Parteivorstand, sowie aus dem Verhalten der "Neuen Zeit" und der "Gleichheit", die sich in den Dienst der Parteispaltung gestellt hätten.

Die am 2. Januar stattgehabende Kreisvorstandssitzung des dritten braunschweigischen Reichstagswahlkreises beschäftigte sich mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und nahm folgende Entschliessung an: "Der Kreisvorstand steht auf dem Standpunkte der Minderheit in der Fraktion. Er verurteilt aber auf das schärfste den Disziplinbruch der 20 Genossen. Er erblickt in dem Disziplinbruch eine Gefahr für die Einheit der Partei und bedauert, daß auch der "Vollstrecker" verschiedentlich noch den Disziplinbruch fördert."

Landsbergs Antwort.

Auf die von uns in der Sonabendnummer gebrachte Darstellung Kautskys über seine Stellungnahme in der Fraktions-sitzung am 3. August 1914 antwortet Genosse Landsberg in der Magdeburger "Vollstimm":

"Kautsky setzt bei den Parteigenossen einen recht hohen Grad von Leichtgläubigkeit voraus. Wer hat ihm, als er sich zum Wort meldete und die Absicht aussprach, für Stimmhaltung einzutreten, erklärt, das gebe es nicht, es würden nur Wortmeldungen für oder gegen angenommen? Die Wortmeldungen waren am Vorstandstisch anzubringen. Es ist völlig undenkbar, daß ein der Vorstandsmitglieder sich das Amt des Lenkers angemahnt hat. Das gibt es in unserer Reichstagsfraktion nicht. Sollte Kautsky für Stimmhaltung sprechen, so stand dem nichts entgegen."

Kautsky sagt: "Da mein Eventualvorschlag für bedingte Bewilligung lautete, ließ ich mich in die Ja-Liste eintragen." An einer anderen Stelle seiner Erklärung heißt es: "Andererseits wurde mir entgegengehalten, daß die Regierung und Bedingungen, die wir fordern mußten, gar nicht zugehen könnte, selbst wenn sie wollte, denn sie würde dadurch die Opposition der bürgerlichen Parteien hervorgerufen. Wir würden dann durch unsern Beschluß gezwungen sein, die Kredite abzulehnen. Das war sicher richtig, schreckte mich aber nicht." Kautsky wollte also, wenn seine Darstellung richtig ist, die Zustimmung zu den Krediten von Bedingungen abhängig machen, die die Regierung ablehnen mußte, und war sich darüber klar, daß die Fraktion, wenn sie seinem Vorschlag folgte, zur Ablehnung der Kredite kommen würde. Trotzdem hat er sich in die Ja-Liste als Redner eintragen lassen. "Erkläre mir!"

Weiter: Hätte Kautsky am 3. August 1914 so gesprochen, wie er jetzt gesprochen haben möchte, so würde die Opposition, die taktisch immer sehr geschickt vorgegangen ist, mit Blindheit geschlagen gewesen sein, wenn sie sich ihm nicht sofort angeschlossen hätte; sie hätte mit Leichtigkeit ihr Ziel, die Ablehnung der Kriegskredite, erreicht, wenn Kautskys angeblicher Vorschlag angenommen worden wäre.

Ich bleibe bei meiner Schilderung der Vorgänge vom 3. August 1914. Sie konnte nicht härter unterstützt werden als durch das Zugeständnis Kautskys, daß er sich zum Worte gemeldet hat, um für die Bewilligung der Kredite zu sprechen und durch die offensichtliche Unwahrheit dessen, was er zur Abschwächung dieser Tatsache vorbringt.

Magdeburg, 2. Januar 1916.

Dito Landsberg."

Nachmal's Landsberg.

In der "Schwäbischen Tagwacht" vom 27. Dezember hatte Landsberg eine detaillierte Schilderung meiner Haltung am 3. August 1914 gegeben. Ich hatte sie ebenso detailliert als Phantasieprodukt gekennzeichnet.

Nun sucht er noch etwas zu erwidern, schweigt sich dabei jedoch über die tatsächlichen Feststellungen aus, die ich den seinen entgegensetzte. Er war aufgetreten, um Bloß herauszupringen, der behauptet hatte, ich hätte Vollrechte gegen Kanonen eintauschen wollen. Landsberg erklärte positiv, ich hätte am 3. August Zusagen nicht nur bezüglich der Kriegsziele und Kriegsführung, wie ich stets gesagt, sondern auch "Konzeptionen in der Richtung der Demokratisierung der Verfassung" gefordert.

Von diesem Ausgangs- und Kernpunkt des Streits spricht jetzt Landsberg mit keinem Wort mehr und ebensowenig von Frank, nichts mehr über die mit größter Bestimmtheit vorgebrachte Behauptung, ich hätte Frank gebeten, mit mir den Platz in der Rednerliste zu tauschen und ihm dafür sogar die Versicherung erteilt, ich würde die Bewilligung beschwören. Da ich mich zum Glück noch des Namens des Genossen erinnerte, mit dem ich wirklich getauscht, genügt das, um Landsberg den ganzen Vorgang in der Verfassungskonferenz zu lassen.

Nachdem sich seine Unglaubwürdigkeit so drastisch herausgestellt hat, sucht er seine letzte Zuflucht in dem Versuch, meine Glaubwürdigkeit anzuzweifeln. Meinen positiven Feststellungen setze er vage Verdächtigungen entgegen. Aber auch da verheddert er sich.

Er sagt:

"Kautsky setzt bei den Parteigenossen einen recht hohen Grad von Leichtgläubigkeit voraus. Wer hat ihm, als er sich zum Wort meldete und die Absicht aussprach, für Stimmhaltung einzutreten, erklärt, das gebe es nicht, es würden nur Wortmeldungen für oder gegen angenommen? Derartiges sei "völlig undenkbar".

Landsberg hat vergessen, daß er selbst am 27. Dezember in der "Schw. Tagw." berichtete:

"Jeder Genosse, der das Wort erbat, mußte am Vorstandstisch angehen, ob er für oder gegen Bewilligung sprechen wolle, da nach Fraktionsbeschluss immer abwechselnd ein Anhänger und ein Gegner der Bewilligung das Wort erhalten sollte."

Was Landsberg jetzt als meinen Mißbrauch der Leichtgläubigkeit der Genossen hinstellt, hat er also selbst gewußt und erzählt. Wieder ein neuer Beweis seiner Glaubwürdigkeit.

Um die meine zu erschüttern, weiß er nur noch seine Meinung vorzubringen, daß, wenn ich wirklich so gesprochen, wie ich jetzt angebe, ich Unrecht getan hätte, mich in die Ja-Liste eintragen zu lassen, und die Opposition Unrecht getan hätte, meinen Vorschlag abzulehnen.

Die Frage, ob wir damit recht oder unrecht hatten, ist eine ganz neue, die nur zu dem Zweck hineingezogen werden kann, um die Aufmerksamkeit von der ursprünglichen Frage abzulenken, ob die Dinge sich wirklich so zugetragen, wie ich aussage. Da ich keine Ursache habe, zu dieser Ablenkung beizutragen, setze ich von ihrer Erörterung ab. Nur soviel: Ich sprach gegen die Ablehnung, da ich für Stimmhaltung war. Ich sprach ferner dagegen, die Kredite ohne weiteres abzulehnen, ehe man mit der Regierung über unsere Bedingungen verhandelt. Hatte ich mich da in die Liste der Ablehner eintragen zu lassen?

Was aber die Opposition anbelangt, so waren ihre Redner keineswegs der Ansicht, die Regierung werde unsere Bedingungen ablehnen. Sie meinten, sie werde alles bewilligen und doch dadurch nicht gebunden sein.

Weder die Haltung der Opposition, noch meine Eintragung in die Ja-Liste ist im mindesten unvereinbar mit meiner Darstellung. Anders aber hat Genosse Landsberg nicht entgegenzusetzen. Ich halte sie in allen Punkten aufrecht.

Landsberg hat erst jüngst allgemeines Staunen erregt durch seine Kunst, bei der Interpellationsdebatte aus der Rede des Reichslänglers das herauszuhören, was er braucht. Warum sollte ers mit der meinen vom 3. August anders machen?

A. Kautsky.

Stadtverordnetenversammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Januar 1916, nachmittags 5 Uhr.

In der heutigen ersten Sitzung des neuen Jahres hat zunächst die Einführung der wieder- und neugewählten Mitglieder zu erfolgen. Die regelmäßigen Ergänzungswahlen vom 7. bis 9. November 1915 haben die Wiederwahl von 46 und die Neuwahl von zwei Stadtverordneten ergeben; außerdem haben zwei Ersatzwahlen stattgefunden. Unter den 50 Einzuführenden befinden sich daher nur vier neue Mitglieder der Versammlung. — In der dritten Abteilung sind die Sozialdemokraten Wolderoth, Gwald, Stadthagen, Buren, Schneider, Börner, Bruns, Juch, Barthelmann, Ritter, Dr. Cohn, Kerzin, Dr. Rosenfeld und Wehle wiedergewählt; im 40. Bezirk neugewählt ist der Gewerkschaftssekretär Karl Henschold, ferner in der Ersatzwahl im 10. Bezirk (für den verstorbenen Genossen Totsdorf) der Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann.

In den bürgerlichen Fraktionen angehörenden Einzuführenden zählen die neuen Mitglieder Bankier Ernst Wallach und der in der Ersatzwahl gewählte, zurzeit im Felde stehende Sanitätsrat Dr. Ehlers.

Nachdem die Einzuführenden in den Saal geleitet worden, hält an sie Oberbürgermeister Vermuth folgende Ansprache:

Der Neujahrswunsch, den wir heute und gegenseitig entbieten, ist diesmal von besonderer Herzlichkeit. Die gesteigerte Sorge um das Land und der Stadt Berlin Wohlfahrt, um das Wohl derer, die der Krieg am stärksten trifft, die Freude am harten Ringen mit den Notwendigkeiten hat unsere Arbeitsgemeinschaft enger als je zusammengeflochten. So grüße ich denn den vertrauten Kreis der verehrten Herren Mitarbeiter mit der Bitte und dem Gelübnis, daß wir auch im neuen Jahre treu zusammenhalten wollen. Meine Herren! Die Einigkeit und die heiße Sonne der Gegenwart haben im letzten Jahre Früchte von ungewöhnlicher Schwere reifen lassen. Aber das ist nicht diesem Jahre allein zu danken; Generationen hundert Männer haben die Berliner Selbstverwaltung tief und fest begründet, jetzt zeigt sich, daß das Gebäude auch den heftigsten Anprall verträgt. (Beifall.) Ruhig und sicher vollziehen sich in der größten Stille des Weltalls die Beratungen der städtischen Körperschaften; kein Ton der Erregung oder der Besorgnis ist seit Ausbruch des Krieges in diesem Saale erklingen. Die Werke des Friedens hat der Krieg nicht zu unterbinden vermocht. Fast lautlos vollzog sich am 1. Oktober wohl die größte Umwandlung, die die Stadtgeschichte zu verzeichnen hat, der Uebergang der A. G. W. in die Verwaltung Berlins, ein Wechsel, der allem Anschein nach der Stadt und der Bürgerchaft Nutzen verspricht. Unsere Bauten steigen, soweit nicht der Krieg den anerkannten Vorrang beansprucht, ohne Hemmnis in die Höhe und in die Tiefe; der neue Hafen hat seinen ersten und schwersten Bauabschnitt überraschend schnell überwunden; der Lindentunnel nähert sich der Vollendung; die Nord-Südbahn schreitet munter vorwärts und wird bald auch den Nachbarorten die Möglichkeit bedeutender Verkehrsverbesserungen vor Augen führen; zwölf große Schulbauten hat die Kriegszeit entziehen lassen; die Krankenpflege hat eine höchst umfassende Friedensstätigkeit entfaltet, ihren Gipfel aber erklommen in den großartigen Einrichtungen für die Heilung der Verwundeten, von denen sie einen täglich steigenden Prozentsatz dem Heere zurückgibt. Denn dem Kampf gegen die Wirkungen des Krieges bleibt nach wie vor unsere erste und beste Kraft gewidmet, hierfür ist alles mobil gemacht; Magistrat und Stadtverordnete haben sich sofort aufgelöst und mit unseren trefflichen Bezirksbehörden bemühen sich zu zahlreichen Gruppen zusammengefunden, welche uns in der Fürsorge für die Kriegsfamilien die drückende Last erleichtern. 172 000 Kriegerfrauen mit 226 000 Kindern und dazu 51 000 andere Kriegerangehörige sind jetzt unmittelbar der Obhut der Stadt anvertraut. Unter höchst verdienstvoller Mitwirkung des Lehrerstandes ist in der Lebensmittelförderung sowohl der ganze örtliche Bereich, wie auch das unermessliche Gebiet des großstädtischen Gewerbes mit einem Reiz kommunaler Verwaltungs- und Prüfungseinrichtungen überzogen. Der Anfang des alten Jahres brachte uns mit der Volkspartei die Verteilung alles Brotes und Wehles, der Anfang des neuen wird, so hoffen wir, ein wesentlich verstärktes Eingreifen in die Fleischversorgung ermöglichen. An Butter, Kartoffeln und auch an Futtermitteln geht jetzt schon ein äußerst namhafter Teil des gesamten Bedarfs durch unsere Hand. All dieses Kriegsgewerk trat zuerst stürmisch und gewaltig in die Erscheinung; jetzt läuft es fast unbemerkt auf wohl eingehender Bahn; und wo Mängel sich zeigen, wo die Verhältnisse zu einer Weiterentwicklung drängen, da arbeiten wir mit dem heißen Bemühen im Verein mit einer opfermutigen Bevölkerung, auf der Höhe unserer Kriegspflicht zu bleiben. (Beifall.) Die Kriegspflicht hat ganz Groß-Berlin mit dem Geiste völliger Einmütigkeit durchdrungen; ohne äußeren Zwang haben sich bei jeder

wichtigen Kriegsfrage die Gemeinden des weiteren städtischen Wirtschaftsbereichs zusammengefunden und Aufgaben gelöst, deren jede einzelne für sich allein gewiß nicht hätte lösen können. Möge diese Lehre recht weithin leuchten und überall auch zugunsten der Reichshauptstadt die Erkenntnis zeitigen, daß in der Freiheit die sicherste Gewähr nicht nur für die Leistungsfähigkeit, sondern auch für die Einordnung in das Gesamtwohl verborgen liegt. (Lebhafte Zustimmung.) — Sie, meine Herren, die ich jetzt einzuführen habe, sind ein Beweis, daß die Bürgerchaft gleichfalls mit uns einig ist. Mit Ausnahme von vier Herren, welche ich herzlich begrüße und welche aufrichtig beklagte Lücken auszufüllen berufen sind, ist für Sie die Einführung nur eine äußere Form. Nachdem etliche Ansprachen über Sie dahingerauscht sind, nehmen Sie die gewohnten Plätze wieder ein und die gewohnte Tätigkeit wieder auf. Wie neu und doch wie alt! in alter Kraft, aber nicht in abgenutzter Kraft. Sie alle, die neuen wie die alten, sollen mit uns erwirken, daß unser Können in Regen und Sturmwind nicht erlahmt, sondern sich steigert, so daß wir, wenn auch durchdrückt und verstaubt, so doch wacker und ungebrochen auf dem kommunalen Ehrenfelde stehen, wenn der Himmel wieder heiter über uns lacht. (Beifall.) Mit einem durch den Ernst der Zeit vertieften Verantwortungsfühl werden Sie das Versprechen ablegen, die Pflichten eines Stadtverordneten getreu und eifrig erfüllen zu wollen. (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Der Oberbürgermeister nimmt hierauf von den erschienenen fünfzig dem Handschlag an Godesstatt entgegen.

Die so Verpflichteten begrüßt sodann auch der Vorsitzende Michélet mit einer längeren Ansprache, in der er die Einbuße beklagt, die die Selbstverwaltung durch das mißratene Jockerschandgeschäft erlitten hat, und die Hoffnung ausspricht, daß es möglichst bald zu seinen Vätern versammelt werde; sei es doch dafür verantwortlich zu machen, daß gerade jetzt selbst bei der Frage der Lebensmittelförderung der Berliner Verwaltung Hindernisse in den Weg gelegt worden seien. Dann läßt der Vorsitzende das Gedächtnis der kommunalen Aufgaben Revue passieren, das durch den Krieg noch enorm erweitert sei und außerordentliche Anforderungen auch hinsichtlich der notwendigen Deckungsmittel stellen werde; er weist auf die kommenden neuen Steuern, die eventuelle Erhöhung des Gaspreises usw. hin, betont aber auch, daß die neuen Belastungen nur den Schultern auferlegt werden dürfen, die sie zu tragen imstande sind.

Stadtver. Jden (Linke) spricht hierauf als einer der Senioren dem abtretenden Vorstande den Dank für seine Geschäftsführung aus.

Gemäß der Vorschrift der Städteordnung geht nunmehr die Neuwahl der Stadtverordneten der Versammlung

für das Jahr 1916 vor sich. Nach der neuen Geschäftsordnung sind der Vorsitzende, der erste und der zweite Stellvertreter, vier Leisiger und vier Beisitzer zu wählen.

Stadtver. Cassel übernimmt den Vorsitz.

Zum Vorsitzenden wird Stadtver. Michélet mit sämtlichen 118 abgegebenen gültigen Stimmen wiedergewählt und nimmt die Wiederwahl unter lebhaftem Beifall mit Dank an. 4 Stimmzettel waren unbeschrieben.

Zur Wahl des ersten Stellvertreter-Stellvertreters bemerkt

Stadtver. Bruns (Soz.): Unsere Fraktion hält daran fest, daß diese Stelle ihr gegeben werden müsse. Wir wollen aber in Anbetracht der besonderen in dieser Versammlung obwaltenden Verhältnisse davon Abstand nehmen, diesen Anspruch auch diesmal zu erheben; wir haben deshalb keinen Kandidaten aufgestellt, sind vielmehr mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung, daß unsere Fraktion die Stelle des zweiten Stellvertreters besetzt, einverstanden. (Beifall.)

Gewählt wird darauf mit 100 von 122 insgesamt abgegebenen Stimmen Stadtver. Cassel, der gleichfalls mit Dank annimmt. 1 Stimme fällt auf Heumann, 12 Zettel sind weiß.

Zum zweiten Stellvertreter-Stellvertreter wählt die Versammlung mit 104 von 122 Stimmen den Stadtver. Heumann (Soz.), 3 Stimmen zerplittert, 15 Zettel sind unbeschrieben. Stadtver. Heumann erklärt mit Dank für das ihm bewiesene Vertrauen die Annahme der Wahl.

Zu Beisitzern werden auf Antrag Rommjen (fr. Fr.) durch Jura gewählt: Geride (fr. Fr.), Liebenow (L.), Bruns (Soz.), Alt (L.); zu Beisitzer-Stellvertretern: Pfannkuch (Soz.), Solc-Land (L.), Hellriegel, Jzberg (fr. Fr.).

Damit ist die Versammlung konstituiert. Der Vorsitzende eröffnet den Eintritt in die Geschäfte mit einem dreimaligen Kaiserhoh, in welches die bürgerlichen Fraktionen stehend einstimmen. Die Sozialdemokraten beteiligen sich an dieser Ovation nicht.

Auch im laufenden Jahre werden die ordentlichen Sitzungen der Versammlung an den Donnerstagen von 5 Uhr ab stattfinden. Für die Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse sowie der Sonderausschüsse und gemischten Deputationen, die ihren Auftrag noch nicht erledigt haben, für die Abordnung der Mitglieder in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien, sowie für die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder wird ein besonderer Ausschuß eingesetzt, den der Vorsitzende ernannt und dem u. a. auch Bruns, Heumann, Adolf Hoffmann und Dr. Wehl (Soz.) angehören.

Zur Herstellung der Verbindung der vorderen Flügel des Feuerbestattungsbauwerks Gerichte, 37/38 sind 5700 Mark erforderlich, deren Deckung aus der Vermietung der durch die Verbindung in der Krypta neu gewonnenen 102 Urnennischen und 34 Wandfächer erfolgen kann. Die Bewilligung erfolgt ohne Debatte.

Am 30. Dezember 1915 haben die Stadtver. Barowski und Genossen (Soz.) folgenden Antrag eingebracht:

Die Unterzeichneten ersuchen den Magistrat um Auskunft über den Stand der Verhandlungen bezüglich der ärztlichen Versorgung der Familien der Kriegsteilnehmer.

Desgleichen fragen die Stadtver. Galland, Cassel, Dr. Raempf, Jacobi, Dr. Isaac, Ladewig und Genossen (Linke) den Magistrat an, was von ihm zur Erledigung des Beschlusses vom 4. November 1915 betr. die Weiterleitung der ärztlichen Behandlung von Familienmitgliedern der Kriegsteilnehmer veranlaßt ist.

Oberbürgermeister Vermuth: Ich freue mich, mitteilen zu können, daß gestern der Entwurf einer Verständigung mit der Vertretung der hiesigen Kriegswirtschaft über die Frage zustande gekommen ist. Der Entwurf wird morgen im Magistrat beraten, und Sie werden in der nächsten Sitzung mit einer Vorlage des Magistrats befaßt sein. (Beifall.)

Stadtver. Dr. Wehl: Diese Zusage erfüllt uns mit Genugthuung. Die angekündigte Vorlage wird hoffentlich die vorhandene Lücke ausfüllen und allen beteiligten Faktoren gebührend Rechnung tragen. Ich danke dem Oberbürgermeister, daß er kräftig darauf hingewirkt hat, die scheinbar entgegenstehenden Interessen der Krieger und der Stadt im höheren Interesse der Allgemeinheit auszugleichen. Wir ziehen unsere Interpellation zurück.

Nachdem auch Stadtver. Galland (Linke) den Zweck der Anfrage als erreicht erklärt hat, ist die Angelegenheit erledigt.

Schluß 1/2 12 Uhr.

Allgemeine Familienherbefe. Sonntag, den 9. Januar: Zahl- und Aufnahmezeit von 3-6 Uhr im Restaurant Gerichte, 12/13, Sonnabend, den 27. Januar, in Wilbau (Wilbauer Hof), von 4-5 1/2 Uhr. Deutscher Arbeiter-Verein "Die Naturfreunde". Treffpunkt Reußstr. Am Freitag, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung im neuen Vereinslokal "Ideal-Kaffee", Reichsstr. 8. Nach Schluß der Versammlung findet ein geselliges Beisammensein statt. Wir ersuchen unsere Mitglieder, ihre Instrumente mitzubringen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittig. Ein wenig wärmer, veränderlich, vorherrschend nass, mit weitverbreiteten, im Norden besonders an der Küste vielfach starken, im Süden geringeren Regenfällen.

Aus Groß-Berlin.

Vorstandswahl in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten Berlins hatten gestern ihre erste Sitzung im neuen Jahr. Sie begann mit der Einführung der im Herbst wieder- oder neugewählten Stadtverordneten, die jetzt ihr Amt antraten. Die feierlichen Reden, mit denen Oberbürgermeister **Wermuth** und Stadtverordnetenvorsteher **Michelet** die Gewählten begrüßten, waren auf den Ton der Kriegszeit gestimmt und priesen die Selbstverwaltung der Gemeinden. Von sozialdemokratischen Stadtverordneten waren sechzehn unter den Einführenden, darunter als Neugewählte die Genossen **Heischold** und **Paul Hoffmann**. Die sozialdemokratische Fraktion zählt jetzt wieder 45 Mitglieder.

Bei der Vorstandswahl war nach der neuen Geschäftsordnung neben dem Vorsteher und seinem Stellvertreter nun noch ein zweiter Stellvertreter zu wählen. Wieder gewählt wurden zum Vorsteher Herr **Michelet**, zum ersten Stellvertreter Herr **Cassel**. Das Amt des ersten Stellvertreters käme der sozialdemokratischen Fraktion nach ihrer Stärke zu. Sie ließ durch Genossen **Bruno** erklären, daß sie grundsätzlich diesen Anspruch aufrecht erhält. Diesmal hatte sie aber darauf verzichtet, dem Kandidaten des Freiums einen eigenen Kandidaten entgegenzustellen. Die freisinnige Mehrheit hatte in Vorbesprechungen sich bereit erklärt, das Amt des zweiten Stellvertreters einem Sozialdemokraten zu überlassen. Gewählt wurde Genosse **Heimann** mit 104 Stimmen von 107 gültigen, die abgegeben wurden. Durch weiße Zettel befanden 15 freisinnige Stadtverordnete, daß sie sich nicht für einen sozialdemokratischen Vorsteherstellvertreter zu erwärmen vermögen. Zu Beisitzern und ihren Stellvertretern wurden die früheren Inhaber dieser Ämter wiedergewählt, darunter die Genossen **Bruno** und **Pannkuch**. In dem aus elf Personen zusammengesetzten Vorstand sind jetzt drei Sozialdemokraten.

Zu der Tagesordnung stehenden Anfragen wegen der ärztlichen Versorgung der Kriegsteilnehmerfamilien erließen sich durch die Erklärung des Oberbürgermeisters, daß der Magistrat sich mit der Ärzteschaft geeinigt hat. Eine Vorlage wird demnächst den Stadtverordneten zugehen.

Die Wildhöchstpreise für Berlin.

Mit dem heutigen Tage treten entsprechend der neuen Bekanntmachung des Reichsanwalters über Wildhöchstpreise auch für Berlin neue Kleinhandelshöchstpreise in Kraft, die der Magistrat unter dem 4. Januar 1916 festgelegt hat. Die Preise sind nur unwesentlich verändert gegenüber den durch Verordnung vom 30. November 1915 festgelegten.

Bei Wildschweinen ist eine Änderung insofern zu bemerken, als entsprechend der Bekanntmachung des Bundesrats zwischen Wildschweinen im Gewicht von mehr als 30 Kilogramm und solchen bis zu 30 Kilogramm (Frischlungen) ein Unterschied gemacht ist. Die Preise für letztere sind etwas höher, als die für die schweren Wildschweine.

Die Preise für Hasen im ganzen mit Fell sind auf 5,25 M. erhöht und entsprechend ohne Fell auf 4,75 M. Für Hasenrücken sind 2,50 M., für die Keulen zusammen 2 M. und für zwei Läufe zusammen 50 Pf. als Höchstpreise festgesetzt. Für Häuten und Spiden eines Hasen darf höchstens 1,25 M., für Häuten des abgezogenen Hasen allein 50 Pf. berechnet werden.

Bei Kaninchen ohne Fell beträgt der Höchstpreis 1,50 M., mit Fell 1,90 M. für das Stütz.

Bei Fasanenbännen ist der Höchstpreis von 8,50 M. geblieben, während er bei Fasanenbennen auf 8 M. erhöht ist. Das Nähere ergeben die amtlichen Bekanntmachungen.

Butterfälschungen.

Butterfälschungen betrieb jahrelang der Buttergroßhändler **Wilhelm Riesner** aus der Hermannstr. 116 zu Neukölln.

Riesner lieferte durchweg an Kleinhändler, besonders Milchhändler und ähnliche Geschäftskreise. Seine Abnehmer merkten wiederholt, daß sie nicht reine Naturbutter erhielten, die ihnen zugesagt war, und die sie auch bezahllen mußten, konnten aber selbst nicht feststellen, was die Ware enthielt. Auch die Kundschäft der Kleinhändler war dazu nicht imstande. Auf diese Dinge aufmerksam gemacht, entnahm die Nahrungsmittelkontrolle des Reichsanwalters Volzgeprätsbüros dauernd Proben von den Lieferungen Riesners und ließ sie durch das Nahrungsmittelamt genau untersuchen. Dabei ergab sich dann, daß die „reine Naturbutter“ bis zu 30 Prozent Margarine enthielt. Diese Fälschung betrieb Riesner schon seit dem Jahre 1910. Vor dem Schöffengericht, vor dem er sich jetzt zu verantworten hatte, leugnete der Großhändler jede Schuld und behauptete, er habe die Butter von seinen Lieferanten so bekommen, wie er sie weiter verkauft habe. Wenn sie also verfälscht sei, so müßten schon seine Lieferanten die Mischung vorgenommen haben. Mit dieser Ausrede kam der Beschuldigte jedoch nicht durch. Denn es waren auch von seinen Lieferanten Proben entnommen, in deren Waren aber niemals Zusätze gefunden wurden. Die Fälschungen konnte nur Riesner vorgenommen haben. Er wurde deshalb auch für schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 450 M. verurteilt. Das Urteil zunächst hoch, ist aber nicht viel für 5 Jahre lang betriebene Fälschungen eines wichtigen Lebensmittels. Der Verurteilte wird in den 5 Jahren wohl so viel „verdient“ haben, daß er diese Strafe leicht tragen kann.

Schwer verunglückt.

Zwei schwere Unglücksfälle haben sich gestern in Lichtenberg ereignet. Im Betriebe der Carwerke in der Herzbergstr. 40 sollte ein großes Schwungrad transportiert werden, wobei auch der 49jährige Maler **Hermann Wachholz** aus der Heinrichstr. 1 befüllt war. Unterwegs rutschte das Rad einem der Träger aus der Hand, die schwere Last fiel zur Erde und rief dabei Wachholz mit. Er stürzte so unglücklich, daß er unter das Eisentrad geriet, dessen Randschneide ihm die Wundschäden aufriß. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte in bestmöglicher Weise nach dem Lichtenberger Krankenhaus geschafft.

Ein zweiter schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag in der Wilhelmstraße in Lichtenberg. Dort wollte der 73jährige Willi **Klein** kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen das Gleis überschreiten, wurde jedoch umgerissen und geriet unter den Wagen, wobei ihm der rechte Unterschenkel zerquetscht wurde. Im städtischen Krankenhaus, wohin der Verunglückte gebracht worden war, mußte dem bedauerlicherweise Rinde der Unterschenkel bis zum Knie abgenommen werden.

Ein Straßenbahnzusammenstoß, bei dem zwei Personen schwer und mehrere leicht verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag in der Luisenstraße. Dort fuhr ein Triebwagen der Linie 51 von der Marschallbrücke aus in der Außenstraße auf einen quer auf den Schienen stehenden vollbeladenen Kohlenwagen so festig an, daß dieser umstürzte und mit den Pferden zusammen ungefähr 15 Meter mitgeschleift wurde. Der Aufsicht des Kohlenwagens zog

sich bei dem Sturz starke Kopf- und Armbeletzungen zu. Ein Sanitätsunteroffizier, der auf der vorderen Plattform stand, erlitt auch schwere Verletzungen. Da bei dem Zusammenstoß alle Scheiben des Straßenbahnwagens zertrümmert wurden, erlitten mehrere Personen Schmitzverletzungen. Alle Verletzten wurden nach der nahegelegenen Charité gebracht.

Ein ungewöhnlich dreister Straßenraub wurde gestern nachmittag in der Bielefeldstraße in Moabit an dem 15 Jahre alten Laufburschen **Walter Mandel** aus der Bremer Straße 60 verübt. Ein unbekannter Mann zog ihn mit Gewalt in einen Hausflur, raubte ihm 23 M. aus der Tasche und verjagte ihn dann einen wichtigen Stoß in der Absicht, jetzt die Flucht zu ergreifen. Daran hinderten ihn aber Leute, die auf die Hufeisen des Verurteilten von der Straße herbeigelaufen kamen. Dem Räuber gelang es, zu entweichen. Die Kriminalpolizei nahm alsbald die Nachforschungen nach dem flüchtigen Räuber auf und setzte auf seine Ergreifung eine Belohnung von 500 M. aus. Er ist etwa 25-30 Jahre alt, 1,75 bis 1,78 Meter groß und schlank, hat ein barloses Gesicht und trug einen schwarzen Jacketanzug, einen schwarzen steifen Hut, einen weißen Stehragen mit schwarzem Schlips und schwarze Schürchen.

Eine Secherei im Omnibus ist fünf Einbrechern verhängnisvoll geworden. Als vorgestern morgen Arbeiter und Ausländer nach dem Omnibusbahnhof in der Helldorferstraße kamen, um den Betrieb einzuleiten, fanden sie in einem Wagen fünf junge Männer, die fest schliefen. Sie konnten sie nur mit Mühe wecken und brachten sie dann, weil sie über ihren seltsamen Aufenthalt keine Auskunft geben wollten, nach der Nebenerwache. Hier ergab sich, daß man fünf Einbrecher gefaßt hatte. Die Gesellschaft hatte in der letzten Zeit eine Reihe von Einbrüchen verübt und die Beute einsteilen auf dem großen Omnibusplatz verstreut. Wiederholt hatte sie dort auch einen Omnibus als Nachtquartier benützt. In der Nacht zu vorgestern brachen die fünf in der Chausseestraße an zwei Stellen ein, auf den Grundstücken 103 und 104. An der einen Stelle erbeuteten sie Messer und allerhand andere Werkzeuge, an der anderen Postkassette, Wärsche und andere kleine Erwaren und dazu Schnaps aller Art. Bevor sie nun im Omnibus sich zur Ruhe legten, veranstalteten sie ein reichliches Nachessen, bei dem sie mehrere Flaschen leerten. So kam es, daß sie vorgestern morgen die Zeit verließen wie erst kürzlich jugendliche Einbrecher im Keller eines Hauses in der Alten Zalaßstraße.

Nebefahren und gestötet wurde Mittwochnachmittag der 6 Jahre alte Sohn des Schloßers **Karow** aus der Vossstraße. Der Knabe spielte mit vier anderen auf der Hohenlohebrücke, als ein Schlächterwagen aus der Hohenlohestraße dahergefahren kam. Das Fuhrwerk wurde von einem Fesseln, der es die letzte Zeit ständig gefahren hatte, geleitet, während ein neuer Kutscher, der erst Mittwoch eingetreten war, neben ihm auf dem Hof saß. Als es die Brücke erreicht hatte, fuhr gerade ein Eisenbahnzug darunter weg. Vor dem Dampf und Rauch schaute das Pferd. In diesem Augenblick liefen gerade die fünf Knaben quer über die Fahrbahn. Sie stoben auseinander, und vier retteten sich auch noch. Der kleine **Karow** jedoch geriet unter das rechte Hinterrad, wurde überfahren und auf der Stelle gestötet.

Ein schwerer Straßenunfall trat sich am Mittwoch in der Potsdamer Straße zu. Vor dem Hause Nr. 96 trat eine Dame vor einem in der Richtung nach Dreytow fahrenden Straßenbahnzuge der Linie 87 auf die Schienen und wurde, da der Führer trotz größter Bemühungen den Zug auf so kurze Entfernung nicht mehr zum Stehen bringen konnte, umgestoßen. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster zog sich die Dame einen Schädelbruch zu. Die Verunglückte wurde nach dem nahen Elisabeth-Krankenhaus in der Altpowstraße gebracht, wo sie noch besinnungslos daniederliegt, so daß ihre Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte.

Erhängt aufgefunden wurde gestern nachmittag von ihrer elfjährigen Stieftochter die 41 Jahre alte Postkassettenträgerin **Verta Rose** aus der Marienburger Straße. Das Mädchen bewachte in der Küche ein kleines Schweinchen. Als es in der Stube so unheimlich ruhig blieb, ging es hin, um nachzusehen und fand jetzt die Stiefmutter an der Thürangel hängen. Der Hausverwalter, den das Kind rief, schnitt sie ab und sorgte für Hilfe. Nach zweifelhafte Wiederbelebungsbemühungen konnte aber nur noch der Tod festgestellt werden.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der ersten Sitzung des neuen Jahres am Mittwoch wurden zunächst die wieder- und neugewählten Stadtverordneten eingeführt, darunter unsere Genossen **Dr. Vorchardt**, **Wilk**, **Vogel** und der neugewählte Genosse **Schlosser Jacin**; der ebenfalls wiedergewählte Genosse **Richter** steht zurzeit im Felde und hatte, wie der Oberbürgermeister mitteilte, Urlaub zu der Einführung nicht erhalten können.

Dann konstituierte sich die Versammlung durch Wiederwahl des früheren Vorstandes, Vorsteher **Dr. Frenkel** (lib.), Vorsteher-Stellvertreter **Dr. Hubatsch** (N. Fr.), Beisitzer **Dr. Vorchardt** (Soz.), **Dunk** (lib.), **Dr. Gengmer** (N. Fr.), **Kuh** (lib.).

Auf der Tagesordnung stand nach der Wahl der Mitglieder für die ständigen und nichtständigen Ausschüsse nur die Vorlage des Magistrats betr. Erhöhung der Besoldung für die Stelle des Vertriebsdirektors der Gaswerke. Die Ausdehnung der Stelle mit einer Besoldung von 12 000 M. hat zwar eine reiche Liste von Bewerbern gebracht, unter denen der Magistrat aber keine geeignete Persönlichkeit finden kann. Er schlägt deshalb in Uebereinstimmung mit der Deputation für die Gaswerke vor, die Besoldung auf 20 000 M. festzusetzen. Von der liberalen Fraktion wurde Ausschuhberatung beantragt, um zu prüfen, ob das Gehalt nicht doch etwas geringer festgesetzt werden könne und vor allem, ob es sich nicht empfehle, bei einem geringeren normierten Gehalt eine Lantieme zu gewähren, wie es in der Privatindustrie üblich sei. Stadtv. **Dr. Franke** trat lebhaft für sofortige Annahme der Vorlage ein, da die schleunige Befestigung der Stelle für das Gaswerk eine dringende Notwendigkeit sei; die Frage der Lantiemegewährung sei in der Deputation eingehend erwoogen und abgelehnt worden, weil sie für ein städtisches Werk völlig ungeeignet sei.

Die sozialdemokratische Fraktion erklärte durch Stadtverordneten **Dr. Vorchardt** das Einverständnis mit der Heraufhebung des Gehalts des Gasdirektors über die im Normaletat üblichen Sätze und mit der Gewährung eines festen Gehalts statt einer Lantieme. Der geforderten Ausschuhberatung würden sie nicht widersprechen. Die Vorlage wurde darauf einem Ausschuh von 15 Mitgliedern überwiesen.

Ausweiskarte beim Lebensmittelbezug in Wilmerdorf.

Wie andere Groß-Berliner Gemeinden macht nun auch die Stadt Wilmerdorf die Entnahme von Waren aus städtischen oder städtisch versorgten Verkaufsstellen vom Besitz einer Ausweiskarte abhängig. Die Karten werden den Hausbesitzern gegenwärtig zur Verteilung an die Mieter zugestellt, lauten auf den Inhaber und treten am 10. d. M. in Gültigkeit.

Anmeldung zur Rekrutierungsstammrolle in Pankow.

Diejenigen Militärpflichtigen (nicht Landsturmpflichtigen), welche im Jahre 1896 und früher geboren sind und über deren Militärverhältnis noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist, haben sich zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1916 im Zimmer 32 (Militärbureau) des hiesigen Rathauses während der Geschäftsstunden von 8-3 Uhr persönlich zu melden.

Inferatenteil veranthe: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus aller Welt.

Ein Kulturbild aus dem zwanzigsten Jahrhundert. Vor dem Schöffengericht Leipzig hatte sich die Näherin **Anna Elisabeth Jungkind** zu verantworten. Sie hatte einen Strafbefehl über zwei Wochen Haft erhalten, weil sie fremden Personen gegen Entgelt die Zukunft verlobet hatte. Trozdem das Wahrigen vom Generalkommando verboten worden ist, soll das Zimmer der Jungkind stets überfüllt sein. Das Gericht ermäßigte die verhängte Strafe auf eine Woche Haft. — Man sollte es nicht für möglich halten, daß es in einer Großstadt noch soviel Leute gibt, die an solchen Gokuspokus glauben und obendrein ihr Geld dafür ausgeben!

Verzicht der Königin von Rumänien auf ihre Zivilliste. Laut „Independance Roumaine“ verzichtete die Königin **Elisabeth** von Rumänien für die ganze Dauer ihres Lebens auf die Einkünfte aus der Zivilliste. Sie besaß, die ihr aus dieser Quelle zustehende Summe von jährlich 300 000 Frank für öffentliche Zwecke zu verwenden. Ihren Entschluß verhängte sie mit rückwirkender Kraft auf das Jahr 1915. Der Betrag für das vergangene Jahr soll für die Kanalisierung des Ortes **Curteara** zur Verfügung gestellt werden. Die Summe aus dem Jahre 1916 ist für die Errichtung eines Offiziererkolonisationsheims in demselben Orte bestimmt.

Die Rattenplage in Petersburg. Aus Petersburg wird gemeldet: Die „Vorfengung“ hindert die furchtbare Rattenplage in Petersburg. Die Ratten sind mit den Fluchlingszügen aus Polen nach der Hauptstadt verschleppt worden. Sie sind als Seuchenträger zweifellos sehr gefährlich.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 15. Heft vom 1. Band des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Zum Jubiläum des preussischen Landtags. Von **Paul Ulrich**. — Mitteleuropa. Von **K. Kautsky** (Nortshana). — Der rote Faden der deutschen Geschichte. Von **H. Wehling** (Nortshana). — Tatsachen sprechen für sich selbst. Eine Erwiderung von **D. Benschmann**. — Literarische Rundschau: **H. Gompertz**, Philosophie des Krieges in Umrissen. Von **E. Rottler**. — Anatole France. Sur la voie glorieuse. Von **Hermann Wendel**. — Angelien: **A. Broda**: Die Rolle der Gemalt in den Konflikten des modernen Lebens.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 8 des 26. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien hier hervor: Lebensbilder und Kriegskredite. — Konferenz der deutschsprachigen Sozialistinnen in den Vereinigten Staaten. Von **L. r.** — Die militärische Jugendvorbereitung. Von **Matilde Baum**. — Aus der Bewegung: **Genosse Wolfant**. — **Anna Scherzer** Berlin. — Agitationsveranstaltungen in Kreise Landesfuhrerinnen. — **Kathentell**: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — **Frantzenmarch**. — **Gewerkschaftliches**. — **Dienstbotenfrage**.

Die Neujahrnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen und bringt ein gutes Portrait des verstorbenen Dichters **Rudolf Lavant** nebst einer biographischen Würdigung seiner Person.

Briefkasten der Redaktion.

M. N. 1916. Sie müssen Reklamation einreichen. Lassen Sie die unberechtigte Steuerveranlagung unbedacht, so wird die Steuer zwangsweise von Ihnen eingezogen werden. — N. 23. 1. Ja. 2. Wein. — G. 18. Sie können gegen die Mutter als Erbin Ihre Forderung geltend machen, dürfen aber den Betrag nicht einfach vom Sparguthaben abziehen. Ihr Anspruch ist übrigens rechtlich zweifelhaft, da die von Ihnen gemachten Zuwendungen als Geschenke betrachtet werden können. — G. 20. 100. Eben auf Grund des § 7 der Verfügungsbedingungen wird die auszusahlende Summe nach der Vermögensverhältnisse berechnet, diese wird in Ihrem Falle nicht höher sein. — 103. Bei dem sehr geringen Objekt möchten wir nicht raten, in der jetzigen Zeit das Gericht damit zu beschäftigen; versuchen Sie doch eine gütliche Einigung mit der Verlobten herbeizuführen. — N. 6. 500. Die rüchändige Miets kann vom Administrator verlangt werden. — G. 3. 27. Die Lösung des Erblassens kann vorgenommen werden; eine eventuelle Klage auf Schadenersatz gegen Sie bezug. Ihren Vater als geschlichen Vertreter kann erlangen. — G. 1916. Ja. — N. 2. 999. Sie würden eine Antwort von der Sparkasse nicht erhalten, aber Ihre Mutter als Eigentümerin des Buches kann doch die Anfrage stellen. — N. 2. 44. 1. Da nur Ihr Mann zum Unterhalt der Mutter verpflichtet ist, kann Ihr Sparguthaben dafür nicht in Anspruch genommen werden. Eine Weigerung zur Zahlung des sehr geringen Unterhalts würde zwecklos sein, Ihr Mann könnte durch Gerichtsbefehl dazu verpflichtet werden, event. sogar zu einem noch höheren Betrage. 2. Die Nummer bezieht sich den Verlust einer Hebe. — N. 2. 46. 1. Da Sie eine andere Staatsangehörigkeit nicht erworben haben, gelten Sie eben als Staatsloser und können jetzt hier zum Militär eingezogen werden. Beachten Sie es mit der Ihnen empfohlenen Eingabe. 2. Da Sie dem Landsturm angehören, unterliegen Sie dem Aufruf vom 4. Dezember 1914 und können demnach auch nach Vollenbung des 45. Lebensjahres eingezogen werden.

SINGER NÄHMASCHINEN
für Hausgebrauch und für den Erwerb.
Zu haben in den Läden mit nebenstehendem Schild oder durch deren Agenten.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Fillialen in allen Stadtteilen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Kungstraße 30

Bezirks-Versammlungen der Einseker

- Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr, in folgenden Lokalen:
- Bezirk 1: Andreadstr. 26 bei **Wittenberg**.
 - 2: Koppenhagenstr. 74 bei **Glesche**.
 - 4: Reutlin, Rosenstr. 24 bei **Schenk**.
 - 5: Bülowstr. 58 bei **Wiemers**.
 - 6: Stalper Str. 59 bei **Mix**.
 - 7: Charlottenburg, Wielandstr. 4 bei **Thunack**.
 - 8: Malpauerstr. 33 bei **Ulrich**.

Perlmutt-, Horn- und Steinuss-Arbeiter.

Sonntag, den 9. Januar, vorm. 10 Uhr, bei **Thomas**, Melchiorstr. 6:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Die Ortsverwaltung.